

PRÄSIDENT MUSHARRAF UND DER INSTITUTIONELLE ISLAM – BRUCH, REFORM ODER KONTINUITÄT?

Dr. Dietrich Reetz, Berlin

Mit den Wahlen zu einem neuen Parlament in Pakistan im Oktober 2002 und dem Amtsantritt einer Zivilregierung im Dezember des Jahres ist die direkte Militärrherrschaft zunächst formal zu Ende gegangen. Berücksichtigt man jedoch, dass Musharraf (geb. 1943) weiter Präsident bleibt und gleichzeitig Armeechef, dass er Verfassungsänderungen durchgesetzt hat, die ihm ein erhebliches Mitspracherecht an den Regierungsgeschäften einräumen und erlauben, die Regierung zu entlassen, wird deutlich, dass sich das Militär nicht aus der Politik zurückgezogen hat. Nach wie vor verfügt der Armeechef damit über die Richtlinienkompetenz. Er prägt so eine ganze Periode der pakistanischen Politik in einer für Pakistan außerordentlich schwierigen Zeit. Diese ist auch bestimmt durch ein widerspruchsvolles Verhältnis zum islamistischen Milieu in Pakistan, das seit längerem im Blickpunkt der internationalen Öffentlichkeit steht, besonders aber seit dem 11. September 2001 und dem anschließenden Anti-Terror-Krieg der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan.

Die islamischen Parteien und ihr Umfeld

Um die Umstände des Agierens der Militärregierung deutlich zu machen, ist es erforderlich, näher auf die islamischen Strukturen einzugehen. (Siehe auch Anlage) Institutioneller Islam meint hier den „islamischen Sektor“, den organisierten Islam wie die islamischen Parteien, Organisationen, Bildungs- und Wohlfahrtseinrichtungen. Die Muslime bilden einen Bevölkerungsanteil von ca. 97 %.¹ Davon sind etwa 20-25 % Schiiten. Bei den aktivistischen Gruppen und Strukturen des Islams handelt es sich zumeist um puristische sunnitische Bewegungen und Parteien, die der hanafitischen Rechtsauffassung folgen, wie die große Mehrheit der Muslime in Südasien. Auch wenn die aktivistischen Gruppen im Lande und international die Schlagzeilen beherrschen, vertreten sie von der numerischen Anhängerschaft her eine eher kleine Gruppe der Bevölkerung.

¹ Vgl. U.S. Central Intelligence Agency: *The World Factbook 2002*. Washington, DC: online, auf <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/index.html>. Die Minderheiten sind im Wesentlichen Hindus, Christen und Ahmadis zu nahezu gleichen Teilen. Die Prozentanteile sind jedoch angesichts der Ungenauigkeit der Datenerhebungen umstritten. Iftikhar Malik geht beispielsweise von 8 Prozent Minderheiten aus. *Iftikhar H. Malik*, *Religious Minorities in Pakistan*. Minority Rights Group International. August 2002. S. 10, auf <http://www.minorityrights.org/OnlineReports/OnlineReport.asp?ID=24>.

Musharraf schätzte im Zusammenhang mit den Protestaktionen gegen die Beteiligung Pakistans an der Anti-Terror-Koalition, dass ihnen wahrscheinlich 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung folgen. Diese Annahme erscheint realistisch. Der überwiegende Teil der Muslime folgt weitgefächerten Formen der Volksfrömmigkeit wie der Schrein- und Heiligenverehrung, die zum Teil stark durch den Sufismus geprägt sind. In einigen Regionen wie in Sindh und im südlichen Punjab sind auch Einflüsse des Hinduismus zu erkennen. Dieser Volksislam spielt in der islamistischen Politik eher eine untergeordnete Rolle. Allerdings bildeten gerade die Verwalter der Schreine, die *Pīr*, eine wichtige Antriebskraft für die Pakistanbewegung in der späten Kolonialzeit. Sie verfügen auch heute noch mitunter über großen lokalen Einfluss.

Aktivster Bestandteil des islamischen Sektors sind die islamistischen Parteien². Sie entstanden überwiegend in der späten Kolonialzeit in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts im engen Zusammenhang mit der antikolonialen Bewegung. Viele waren Teil des radikalen Flügels der Nationalbewegung und so durch eine stark antiwestliche und antibritische Haltung geprägt. Sie entstanden zumeist aus Vereinigungen von Religionsgelehrten (*‘Ulamā’*), die später auch aktive politische Funktionen bis hin zur Beteiligung an Wahlen wahrnahmen.³ Die *‘Ulamā’* bilden auch heute noch die wichtigste Stütze dieser Parteien. In ihrer Person verknüpfen sie die islamistischen Parteien eng mit dem islamischen Bildungssektor, den *Madrasa*, die sich zu einer einflussreichen Form der religiösen Massenbildung entwickelt haben. Die *Madrasa* gewannen vor allem dadurch an Einfluss, dass sie in großer Zahl den Unterschichten Zugang zu formaler Bildung ermöglichen. Angesichts der eklatanten Misere im öffentlichen Bildungssektor stellen sie für viele Pakistaner oft die einzige Alternative dar. Zugleich wird durch den Verzicht auf moderne Unterrichtsfächer und das Festhalten an dem traditionellen theologischen Kanon aus dem 17. Jahrhundert (*dars-e niẓāmī*) eine zum Teil sehr weltfremde und realitätsferne Grundhaltung erzeugt. Allgemeinwissen wird nur in geringem Maße vermittelt.

Die bekanntesten islamistischen Parteien sind in dem Sechs-Parteien-Bündnis der Vereinigten Aktionsfront (*Muttaḥidā Majlis-e ‘Amal* – MMA) zusammenge-

² „Islamischer Sektor“ wird hier als strategischer Begriff gebraucht, der alle Formen des organisierten Islams meint und damit weit über die islamistischen Kräfte hinausgeht. „Islamismus“ und abgeleitete Formen werden hier als Ausdruck von Politik und Ideologie im Namen des Islams verstanden, die ein reduktionistisches Islamverständnis zugrunde legen.

³ Ausführlicher siehe dazu Reetz, *God's Kingdom on Earth: The Contestation of the Public Sphere by Islamic Groups in Colonial India (1900-1947)*, Habilitationsschrift (unveröff.), Berlin: Freie Universität, FB Politik- und Sozialwissenschaften, November 2001, 381 S.

schlossen. Die prominenteste Rolle spielt dort jedoch eine eher moderne Partei, die nur bedingt als Gelehrtenpartei zu betrachten ist, die Islamische Partei (*Jamā'at-i Islāmī* – JI) unter Qazi Husain Ahmad (geb. 1938). Sie wurde 1941 von Maulānā Maudūdī begründet und steht in der Tradition der nahöstlichen Muslimbrüder. Sie vertritt einen Islam, der zwar puristisch geprägt ist, jedoch bewusst politisch agiert. Sie ist zum Teil um modernes Auftreten bemüht, was sich im Gebrauch des Englischen, des Internets und moderner Medientechniken widerspiegelt. Sie wendet sich an breite städtische Schichten und die technokratische Elite. Die Partei strebt ganz offen die politische Herrschaft an, die sie als Voraussetzung einer islamischen Erneuerung der Gesellschaft betrachtet. Den Weg dahin soll eine islamische Reformation der Elite ebnen. Qazi Husain ist der herausragende Taktiker der MMA und deren stellvertretender Vorsitzender. Seine Partei, die JI, verfügt jedoch über eine eher geringe Massenbasis. Die anderen fünf Parteien sind klassische Gelehrtenvereinigungen, die sich jedoch aktiv an der bürgerlichen Wahlpolitik beteiligen. Die beiden wichtigsten sind Flügel der Vereinigung der islamischen Rechtsgelehrten (*Jam'īyat al-'Ulamā'-i Islām* – JUI). Der größere wird von Fazlur Rehman (geb. 1951, JUI-F) geführt, zugleich Vorsitzender der MMA. Der kleinere Flügel wird von Samiul Haq (JUI-S) geleitet. Die JUI vertritt die puristische Denkschule der Deobandis, so benannt nach der 1863 im nordindischen Provinzstädtchen Deoband gegründeten Religionshochschule *Dār al-'ulūm Deoband*. Das Netz der mit ihr affilierten *Madrassa* überspannt nicht nur den südasiatischen Subkontinent, sondern reicht in alle islamischen und westlichen Länder, wo Muslime südasiatischen Ursprungs leben. Bei den JUI-Vertretern handelt es sich um eher traditionell gebildete Gelehrte, die gleichwohl inzwischen zahlreiche politische Erfahrungen, darunter als Mitglieder des Senats, der 2. Kammer des Parlaments, erworben haben. Die JUI-Fraktionen gelten als theologische und ideologische Paten der afghanischen *Ṭalibān*. Sie verfügten offenbar auch über enge Verbindungen zum *al-Qā'ida*-Netzwerk, zumindest in Afghanistan und Pakistan. Viele *Ṭalibān*-Führer absolvierten Deobandi *Madrassa* in Pakistan und ließen sich von JUI-Politikern beraten. Politisch sind die JUI-Fraktionen besonders fest in den Stammesstrukturen der Pakhtunen und Balutschen in den Provinzen *Northwest Frontier Province* und *Baluchistan* verwurzelt. Sie verbinden religiösen Purismus mit ausgeprägt sozialkritischen und antiwestlichen Haltungen. Ihre Gründungsväter profilierten sich in der Kolonialzeit als besonders konsequente antibritische Nationalisten und Parteigänger der eher links gerichteten Kongresspartei (*Indian National Congress* – INC).

Die Gelehrtenvereinigung Pakistans (*Jam'īyat al-'Ulamā'-i Pakistān* – JUP) vertritt die Denkschule der Bareilwis, die sich so nach dem Entstehungsort Bareilly in Nordindien, unweit von Deoband, nennen, wo sie als formale Richtung

von Ahmad Riza Khan (1856-1921) begründet wurden. Sie bildeten unter den Sunniten einen Gegenpol zu den Deobandis, da sie die Heiligenverehrung und den Gräberkult befürworteten, den die Deobandis strikt ablehnten. Sie gaben vor, die große Masse der einfachen, sufisch geprägten Sunniten zu vertreten, auch wenn sie nur eine eher kleine Elite von Schreinverwaltern und Sufi-Shaykhs erfassten. Die JUP hat sich in den letzten Jahrzehnten, vor allem unter ihrem jetzigen Führer Nūrānī, zunehmend politisiert und radikalisiert.

Auch die Gelehrtenvereinigung der *Ahl-i Ḥadīth* (Volkes der Tradition – AH) hat sich inzwischen zu einer politischen Partei entwickelt. Sie lehnt sämtliche Rechtsschulen ab und ist sehr stark durch die arabische *Wahhabīya* und *Ṣalaḥīya* beeinflusst, mit enger Anbindung an Saudi-Arabien. Obwohl eine relativ kleine Gruppe, hat sie jedoch seit den siebziger Jahren ein überdurchschnittliches Wachstum zu verzeichnen, vor allem in den Städten, aber auch in mehreren, kommerziell erfolgreichen ländlichen Gebieten. Auch sie verfügt über enge Verbindungen zu militanten Gruppen. Vor allem die *Lashkar-i Taiba* (Heilige Armee – LT) machte in Kaschmir und Afghanistan von sich reden.

In die MMA wurde auch eine schiitische Partei aufgenommen, die Bewegung für das islamische Recht nach Imām Jaʿffar (*Tahrīk-e Jaʿffrīya-e Pakistān* – TJP). Sie entstand 1979 als Reaktion gegen die sunnitisch geprägte Islamisierung des öffentlichen Lebens und von Teilen des Rechtssystems unter Zia-ul-Haq (1924-1988).⁴ Lange Zeit war sie auch daran beteiligt, die militanten Sektenauseinandersetzungen zu schüren. Seit ihrem Mitwirken in der MMA konnten die Ausschreitungen eingedämmt werden. Aber gerade die religiösen Milizen sunnitischer und schiitischer Prägung haben sich weitgehend verselbständigt und setzten ihre gegenseitigen terroristischen Anschläge fort.

Die sunnitischen Parteien haben in den letzten zehn Jahren zunehmend gemeinsam die Umsetzung radikaler sunnitischer Vorstellungen betrieben, deren Formulierung auf die späte Kolonialzeit zurückgeht. Dieses Programm religiöser Intoleranz und Militanz hat inzwischen weite Teile des islamistischen Milieus in Pakistan erfasst. Dazu gehört die Sanktionierung des gewaltsamen *jihād* für lokale und nationale politische Zwecke. Hier ist die Entstehung und Ausbreitung der religiösen Milizen einzuordnen, militante Freiwilligen- oder Freischärlerverbände, die auch *Mujāhidīn* genannt werden. Kulturell und historisch gehen diese Verbände auf das frühe neunzehnte Jahrhundert zurück, als sie, vor allem in den Stammesgebieten, als Instrument lokaler politischer und religiöser Auseinander-

⁴ Damals als Bewegung zur Durchsetzung des Islamischen Rechts nach Imam Jaʿffar (*Tahrīk-e Nifāz-e Fiqh-e Jaʿffrīya* – TNFJ) gegründet, tritt seit 1987 auch als politische Partei auf.

setzungen dienten. Sie erhielten in der antikolonialen Bewegung des frühen zwanzigsten Jahrhunderts eine neue Legitimation. Eine besondere Aufwertung erfuhren sie in der Zeit des Afghanistan-Krieges gegen die Sowjetunion (1979-89). Damals wurde ihre Infrastruktur durch den islamistisch gesonnenen Militärdiktator Zia-ul-Haq massiv ausgebaut, der gleichzeitig zahlreiche öffentliche Mittel in den *Madrassa*-Sektor umlenkte. Sie erhielten auch umfangreiche Hilfe aus dem Westen, vor allem aus den USA, für den Krieg gegen die Sowjetunion. In den neunziger Jahren richteten sich ihre Aktivitäten vor allem auf den Bürgerkrieg in Afghanistan, auf den Kaschmirkonflikt und gegen innere „Feinde“ und „Abweichler“. Zu letzteren zählten die radikalen Sunniten vor allem Anhänger der Reformsekte der *Aḥmadiya*, aber auch Schiiten, sowie, mit zum Teil politischem Hintergrund, Nicht-Muslime wie Christen, Juden und Hindus.

Die Hoffnungen der Islamisten

Als General Musharraf am 12. Oktober 1999 die Macht ergriff und die Regierung des gewählten Ministerpräsidenten der Pakistanischen Muslimliga (PML), Nawaz Sharif (geb. 1949), stürzte, begann für Pakistan die vierte Periode einer Militärdiktatur. Zuvor hatten bereits die Armeechefs Ayub Khan von 1958 bis 1962, Yahya Khan von 1969 bis 1971 und Zia-ul-Haq von 1977 bis 1985 das Land unter Kriegsrecht verwaltet. Musharraf hatte sich in den Augen der Islamisten vor allem im Verlaufe des Jahres 1999 als jemand empfohlen, der die Grundsätze der islamisch gefärbten Pakistan-Ideologie nachhaltig vertrat. Besonders in der Kaschmir-Frage hatte er eine unerwartet entschlossene Haltung eingenommen, die Beobachter auch als abenteuerlich werteten. Im Mai des Jahres war die pakistanische Armee mit Unterstützung weniger islamistischer Freischärler auf vorgelagerte Berggipfel im Kargil-Sektor hinter die Kontrolllinie im indisch verwalteten Kaschmir vorgedrungen. Diese Positionen wurden von der indischen Armee regelmäßig im Winter geräumt und im Frühjahr wieder besetzt. Dies schien aus technisch-taktischer Sicht ein perfekter Plan zu sein. Das Terrain würde es den indischen Streitkräften nur schwer möglich machen, die pakistanischen Kräfte wieder von den Bergpositionen zu vertreiben. Musharraf hatte offensichtlich aus Frustration darüber gehandelt, dass der „Aufstand“ in Kaschmir gegen die indische Kontrolle über den Bundesstaat immer weniger öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung fand. 1990 von überwiegend einheimischen Widerstandsgruppen begonnen, wurde dieser Kampf gegen die indische Kontrolle über den Bundesstaat seit 1994/95 zunehmend von ausländischen islamistischen Kämpfern kontrolliert, die aus Richtung Pakistan kamen.⁵

⁵ BBC News South Asia: Who are the Kashmir militants? 10 August 2000, auf http://news.bbc.co.uk/hi/english/world/south_asia; ICG: Kashmir: Confrontation and

Verstärkt richtete sich das Kampfgeschehen gegen die Zivilbevölkerung. Doch Musharraf verkannte die internationale Lage ebenso wie die politische Gemengelage im eigenen Land. Auch die massive militärische Gegenwehr der indischen Streitkräfte überstieg wie schon oft in der jüngsten Geschichte die Erwartungen der pakistanischen Seite. Besonders die USA übten nachhaltigen Druck aus, da sie den Ausbruch eines offenen Konfliktes zwischen den frischgekörteten Nuklearmächten fürchteten, die gerade erst ein Jahr zuvor mit mehreren Sätzen ihren Nuklearstatus offiziell bekräftigt hatten. Diesem Druck gab der pakistanische Ministerpräsident Nawaz Sharif nach und ordnete den Truppenrückzug an. In der Öffentlichkeit gab er jedoch der Armeeführung die Schuld an dem Debakel, da sie ihn angeblich nicht richtig informiert hatte. Das war offensichtlich der Anfang vom Ende der Nawaz-Sharif-Regierung.⁶ Die Armeeführung hatte zwar heftige Verluste erlitten und besaß keine Alternative zum Rückzug. Aber sie verwand die öffentliche Bloßstellung nicht. Sie nahm auch übel, zum Rückzug gezwungen zu werden, ohne aus ihrer Sicht militärisch geschlagen worden zu sein.

Dieser Verlauf zeigte deutlich, wie sich hier, vor allem aus der Sicht islamistischer Kräfte, religiös-ideologische Erwartungen mit politischen Kalkulationen und Zwängen mischten. Jeder der Beteiligten nahm dabei sehr verengt nur seine Sicht der Dinge wahr.

Das traf im Prinzip auch auf den zweiten Wunsch auf der Agenda der islamistischen Parteien zu. Sie hofften, dass Musharraf eine Entwicklung rückgängig machte, die Nawaz Sharif noch unmittelbar vor seinem Sturz einleitete. Unter massivem Druck der USA, aber auch angesichts zunehmender innenpolitischer Spannungen hatte sich Nawaz angeschickt, den Spielraum der militanten islamistischen Gruppen zu beschränken. Erstmals erhob er Forderungen nach Schließung von Ausbildungslagern in Afghanistan.⁷ Dabei meinte er allerdings hauptsächlich jene Gruppen, die in die verhängnisvollen sunnitisch-schiitischen Sektenauseinandersetzungen in Pakistan verwickelt waren. Deren Personal und Strukturen deckten sich jedoch zum großen Teil mit denen der *Mujāhidīn*-Aktivitäten im afghanischen Bürgerkrieg und in Kaschmir. Es wurde zudem

Miscalculation, 11. Juli 2002, auf der Webseite der *International Crisis Group*, www.crisisweb.org.

⁶ Vgl. Respect LoC [Line of Control in Kashmir], Clinton advises Nawaz Sharif. *Hindustan Times*, 5. Juni 1999; COAS [Chief of Pakistan's Army Staff] says Pakistan, US leaders may meet on Kashmir: Unilateral withdrawal from LoC ruled out. *Dawn*, 27. Juni 1999; India debunks Pak claim of deal on Kashmir. *Times of India*, 17. September 1999; Qazi accuses Nawaz of trying to remove COAS. *News*, 24. September 1999.

⁷ Afghan camps training terrorists: PM. *News*. 8. Oktober 1999.

spekuliert, dass sich Nawaz Sharif nach seinem Friedensgipfel mit dem indischen Ministerpräsidenten Vajpayee im Januar 1999 in Lahore darauf vorbereitete, mit Indien einen weitreichenden Kompromiss Schritt zur endgültigen Lösung der Kaschmirfrage zu gehen. Diese Absicht traf bei den Islamisten auf einen unterschiedlichen Widerstand und fand auch in der Armee keineswegs ungeteilte Zustimmung.

Auch der dritte Wunsch der Islamisten an das Militär machte die verwirrende Verquickung von religiöser Ideologie und Politik sichtbar. Die Islamisten erwarteten, dass die Militärführung ihren Wünschen nach einer institutionellen Reformation des pakistanischen Wahl- und Regierungssystems mehr Verständnis entgegenbringen würde als die Nawaz-Regierung. Vor allem hofften sie auf eine Änderung des Wahlsystems.⁸ Das bisherige reine Mehrheitswahlrecht hatte es den islamistischen Parteien kaum ermöglicht, ihren Stimmenanteil in Abgeordnetenmandate umzusetzen. Musharraf hatte sich für eine Revision des Wahlrechts und die Einführung einer Form des Verhältniswahlrechts, evtl. in Verbindung mit dem Mehrheitswahlrecht eingesetzt. Doch ging es Musharraf nicht primär um die islamistischen Parteien. Er wollte vor allem die Machtbasis der beiden großen Parteien, Muslimliga und Pakistanische Volkspartei, schwächen, die seiner Überzeugung nach durch ihre korrupte Klientelwirtschaft in den neunziger Jahren Pakistan an den Rand des wirtschaftlichen und politischen Abgrunds manövriert hatten.

Die Enttäuschung über Musharrafs Wandel

Die Hoffnungen der Islamisten wurden im Verlaufe der direkten Militärherrschaft durch Musharraf mehrfach enttäuscht. Zugleich kam er ihnen in einem unstillen Zickzack-Kurs immer ein Stück entgegen. Nach seinem Amtsantritt zeigten sich die Islamisten vor allem entsetzt über die Selbstdarstellung von Musharraf, die weder traditionell islamisch noch modern islamistisch war. Für besondere Irritation sorgte, dass er seine Verehrung für den türkischen Staatsgründer Ata Türk zum Ausdruck brachte.⁹ Das machte in Musharrafs Augen of-

⁸ "JI's central secretary general, Syed Munawwar Hassan and provincial deputy amir Dr Muhammad Yaqub in their speeches demanded fresh delimitations, error-free computerised electoral lists and introduction of proportionate representation before holding free and fair elections in accordance with articles 62 and 63 of the Constitution." Qazi warns against prolonging army rule. News. 15. November 1999.

⁹ "As a model, Kemal Ataturk did a great deal for Turkey. I have his biography. We will see what I can do for Pakistan," erklärte Musharraf in einem Interview mit dem türkischen Fernsehen. Dawn. 20. Oktober 1999; The Guardian. 19. Oktober 1999.

fenbar vor allem Sinn, weil er die starke institutionelle Rolle des Militärs in der Türkei und deren Oberaufsicht über Staat und Religion schätzte. Pakistans führende Generale hatten seit Zia-ul-Haq vergeblich versucht, dies endgültig in der Verfassung zu verankern. Musharraf war sich offensichtlich nicht oder nur sehr ungenau bewusst, dass Ata Türk Laizist war und bei einer strikten Trennung von Staat und Religion *de facto* das öffentliche Bekenntnis zur Religion verboten hatte. Das wiederum verstanden die Islamisten offenbar besser als er. Musharraf machte sich auch keine Freunde unter den Islamisten, als er sich bei einem Familienfoto mit seinen Schosshunden auf dem Arm fotografieren liess,¹⁰ während Hunde von gläubigen Muslimen als unrein angesehen werden. Dies waren Symbole, die ihn der Welt als modernen und aufgeklärten islamischen Herrscher präsentieren sollten, aber die Reaktion im eigenen Land nicht bedachten. Doch auch bei den politischen Entscheidungen geriet er bald in die Kritik der Islamisten. Seine Personalien für die Regierung favorisierten mehrere fachlich versierte und in Nichtregierungsorganisationen (NROs) erprobte Aktivisten, die eher liberale Ansichten hatten.¹¹ Immer wieder richteten sich Angriffe der Islamisten gegen die NROs, die als trojanisches Pferd des Westens, des Laizismus oder sogar Atheismus angesehen wurden. Verächtlich bezeichnete man die Verhältnisse als „NGO-Rāj“¹².

Auch die Wahlrechtsreform verlief nicht nach den Vorstellungen der Islamisten. Zwar wurde das Verhältniswahlrecht in einem ersten Schritt für die reservierten Sitze im Parlament eingeführt. Doch für die direkt gewählten Mandate wurde das einfache Mehrheitswahlrecht beibehalten.

Das provisorische Verfassungsgesetz, das Musharraf zur Legitimation seiner Herrschaft erließ, enthielt zunächst auch keinen ausdrücklichen Bezug auf die islamischen Grundsätze der pakistanischen Verfassung. Die Islamisten machten insbesondere geltend, dass damit auch die Bestimmungen gegen die *Aḥmadiya*-Sekte infrage gestellt würden, was sie als Angriff auf ihr sunnitisch-radikales Projekt ansahen.

¹⁰ With a big grin, general reveals Clinton touch. The Guardian, 19. Oktober 1999.

¹¹ Vgl. Cabinet inductions a good sign: [US Ambassador] Milam. News, 6. November 1999. Besonders scharfer Kritik seitens der Islamisten war immer wieder Innenminister ex-General Moinuddin Haider ausgesetzt, so als er sich im Juni 2000 für die Umwandlung Pakistans in einen säkularen und liberalen Staat einsetzte. New York Times. 10. Juni 2000.

¹² *Rāj* (Urdu) – Herrschaft, hier: der „Non-Governmental Organisations“ (NGOs), „Nichtregierungsorganisationen“ (NROs), in Anlehnung an die britische Kolonialherrschaft: British *Rāj*. Vgl. dazu „Imposition of secularism wouldn’t be tolerated: Qazi.” JI Media News. 20. Mai 2000, auf der Webseite der JI www.jamaat.org.

Ein zäher Stellungskampf

Angesichts dieses Wechselbades der Gefühle kam es bald zu einem zähen Stellungskrieg zwischen Musharraf und den führenden islamistischen Politikern, vor allem Qazi Husain und Fazlur Rehman. Dabei wurden die Unterschiede zwischen der Agenda der Islamisten und der Militärführung deutlich. Während die Militärs vor allem eine sicherheitspolitische und ökonomische Stabilisierung des Landes erreichen wollten, ohne die islamistischen Grundauffassungen des pakistanischen Nationalismus aufzugeben, ging es den islamistischen Politikern darum, ihr islamisches Gesellschaftskonzept durchzusetzen und angesichts fehlender Wahlunterstützung die Militärs als Vehikel dafür zu benutzen.

In den ersten Monaten seiner Amtszeit formulierte Musharraf mit Unterstützung seiner liberalen Kabinettskollegen ein Reformkonzept für Pakistan, das weitreichende Veränderungen vorsah, darunter auch viele, die die islamischen Gruppen tangieren würden. Er strebte nach einer Wirtschafts- und Steuerreform.¹³ Er schlug Maßnahmen gegen den illegalen Waffenbesitz und die öffentliche Rekrutierung von Milizen vor. Die Ausbildung in den *Madrasa* sollte auf eine moderne Grundlage gestellt werden, so dass Absolventen auch Beschäftigungsmöglichkeiten im zivilen Leben finden würden.

Die Islamisten fühlten sich herausgefordert und begannen sich zu formieren. In Verbindung mit einem allgemeinen Streik am 19. Mai 2000 wurden von den 'Ulamā' detaillierte Forderungen formuliert:

- [1] Incorporation of all Islamic provisions of the 1973 Constitution in the PCO (*Provisional Constitution Order*);
- [2] Withdrawal of the proposal of joint electorates;
- [3] Ban on NGOs funded by Zionist and Christian organizations;
- [4] Restoration of weekly holiday of Friday;
- [5] Stoppage of action against seminaries and '*Jihādī*' organizations;
- [6] Not to interfere with the settled constitutional matters;
- [7] No procedural changes (to) be made ... to the blasphemy law;
- [8] (To) oppose the proposal for 50 per cent women in the (local) union councils;
- [9] The increasing interference of the West in the economy and other affairs of Pakistan ... the people would never tolerate;
- [10] To accept the genuine demands of businessmen;

¹³ Vgl. u.a. Musharraf's Rede vom 15. Dezember 1999. Musharraf unfolds economic revival plan. News. 16. Dezember 1999.

- [11] [To] take practical steps to implement the Supreme Court's decision against *Ribā* [Wucherzins].¹⁴

Auf einer gemeinsamen Tagung der 'Ulamā' verschiedener Denkschulen Ende Juni 2000 in Mansūra bei Lahore, dem Hauptsitz der JI, wurde ein ähnlicher Katalog von 13 Forderungen aufgestellt:

- [1] The participants called for the establishment of an interim government comprising such people who fulfil requirements of articles 62 and 63 of the constitution.
- [2] The proposed government should hold elections and transfer power to the elected representatives.
- [3] The government should declare Quran and Sunnat the supreme law of the country and laws repugnant to it would be struck down;
- [4] The government will adhere to the Shariat and all its decisions will be challengeable before the Shariat Court;
- [5] All Islamic provisions of the 1973 constitution should be incorporated in the PCO;
- [6] Accountability should be carried out in a transparent manner at the earliest;
- [7] Interference with the seminaries and their curricula should be stopped and religious education should be arranged in all state-run institutions;
- [8] Interest-free economic system be introduced, as enjoined by the Supreme Court Shariat Appellate Bench;
- [9] A bloc of the Islamic countries should be set up to frustrate the nefarious designs of the evil forces;
- [10] A more courageous policy should be pursued to invigorate the freedom movement in Kashmir;
- [11] Friday should be restored as weekly off; and
- [12] System of joint electorates and district governments should be rescinded and
- [13] Foreign-aided NGOs should be banned.¹⁵

Während sie den Widerstand gegen eine liberale Wende in der öffentlichen Politik organisierten, nutzten sie den Umstand, dass das Militärregime davor zurückschreckte, öffentlich Position gegen islamistische Forderungen zu beziehen.

¹⁴ Ulema call for strike to press for demands. JI Media News. 8. Mai 2000, auf <http://www.jamaat.org>.

¹⁵ Ulema urge movement for Islamic government. JI Discussion Forum, auf <http://www.jamaat.org/cgi-local/forum.pl?read=7261>.

Musharraf wollte die einflussreichen *Mullā* nicht herausfordern. Er konzentrierte sich auf die beiden großen Parteien, die er als Haupthindernis einer Gesundung der pakistanischen Politik ansah. Die islamische Rechte glaubte er, durch Kompromisse neutralisieren zu können, zumal Musharraf unveränderte viele ihrer Grundpositionen teilte, vor allem zu Kaschmir und zum islamischen Charakter des Staates Pakistan, was in seinen Augen jedoch eine Modernisierung nicht ausschloss.

Als wichtigste Felder der Auseinandersetzung zwischen Militärregierung und Islamisten schälten sich Verfassungs- und Rechtsfragen, die Stellung religiöser Minderheiten, die Reform der *Madrassa* sowie interreligiöse Gewalt und Öffentliche Ordnung heraus.

Islamischer Charakter der Verfassung, der Interimsregierung und des Rechtssystems

Das Verfassungsgesetz (PCO) wurde am 14. Oktober 1999, 2 Tage nach der Machtübernahme erlassen. Auf ausdrückliche Intervention der islamistischen Gruppen, wurde durch Verfassungsänderungsgesetz vom 15. Juli 2000 zusätzlich der Absatz 4 in den Paragraphen 2 aufgenommen, der den Stellenwert der islamischen Bestimmungen klären sollte:

„Notwithstanding anything contained in the Proclamation of the 14th day of October, 1999 or this Order or any other law for the time being in force, all provisions of the Constitution of the Islamic Republic of Pakistan embodying Islamic injunctions including Article 2, 2A, 31, 203A to 203J, 227 to 231 and 260 (3) (a) and (b) shall continue to be in force and no provision as aforesaid shall remain in abeyance or be deemed to have remained in abeyance at any time.“¹⁶

Samiul Haq von der JUI-S war zufrieden: „The General has assured me that Islamic identity of the country will not be changed, as he does not support secularism or any other thing. The General said he is an ardent believer in Islam and Pakistan will remain an Islamic Republic.“¹⁷

¹⁶ Dawn (Karatschi). 16. Juli 2000, auf der Website : <http://www.dawn.com/2000/07/16/top2.htm>, vgl. auch die Website : http://www.pakistani.org/pakistan/constitution/post_12oct99/pco1_1999.html.

¹⁷ News (Lahore). 18. Juli 2000.

Wie auch aus den Forderungskatalogen der Islamisten ersichtlich, hofften sie zu Beginn der Amtszeit von Musharraf noch, Teil einer provisorischen Regierung der nationalen Einheit aller „guten Menschen“ entsprechend der islamischen Qualifikationen nach Artikel 62 und 63 der pakistanischen Verfassung zu werden.¹⁸

Dabei ging es ihnen offenbar besonders um die Bestimmungen nach Absatz (d) und (e) von Artikel 62, die verlangen, dass

“(d) he is of good character and is not commonly known as one who violates Islamic Injunctions;
(e) he has adequate knowledge of Islamic teachings and practices obligatory duties prescribed by Islam as well as abstains from major sins ;”¹⁹

Artikel 63 verweist auf Ausschlussgründe, von denen besonders Absatz (g) auf ideologische Grundsätze Bezug nimmt, der eine Person disqualifiziert, wenn

„(g) he is propagating any opinion, or acting in any manner, prejudicial to the Ideology of Pakistan, or the sovereignty, integrity or security of Pakistan, or morality, or the maintenance of public order, or the integrity or independence of the judiciary of Pakistan, or which defames or brings into ridicule the judiciary or the Armed Forces of Pakistan;”²⁰

Als Teil einer nationalen Übergangsregierung waren die Islamisten bereits unter Zia-ul-Haq an der Regierungsausübung beteiligt. Sie mussten bald erkennen, dass Musharraf sich stark genug fühlte, diese Forderung zu ignorieren.

Die Ambitionen des Generals gingen jedoch weiter. Er betrachtete das Mandat des Obersten Gerichts vom 12. Mai 2000, innerhalb von drei Jahren die Rückkehr zur zivilen Demokratie zu sichern und in diesem Rahmen auch (beschränkt) gesetzgeberisch tätig zu werden, als Freibrief, die Verfassung ebenfalls zu revidieren. Dazu erließ er die *Legal Framework Order 2002* (LFO). Der Präsident liess sich seine Selbsternennung per Referendum (Mai 2002) für eine erste Amtszeit in die Verfassung schreiben. Ihm fielen jetzt auch neue Vollmachten gegenüber dem Ministerpräsidenten zu. Er konnte wieder die Regierung entlassen (Artikel 58 – 2).²¹ Der Nationale Sicherheitsrat, in dem die Chefs

¹⁸ Qazi urges rulers to accomplish 7-point agenda. JI Media News. 9. Mai 2000; Ulema urge movement for Islamic government. *Ibid.* 22. Juni 2000.

¹⁹ Zitiert hier nach http://www.pakistanlawyer.net/constitution/part3_ch2.html auf der Website www.Pakistanlawyer.com.

²⁰ *Ibid.*

²¹ Zum Text der Legal Framework Order, siehe Dawn. 22. August 2002.

der Teilstreitkräfte, der Präsident, der Ministerpräsident und der Oppositionsführer vertreten sind, wurde aufgewertet. Er konnte ohne Zustimmung des Ministerpräsidenten die Chefs der Teilstreitkräfte ernennen. Die politischen Parteien wurden zu internen Wahlen verpflichtet. Das Wahlalter wurde auf 18 Jahre gesenkt. Die Trennung der Wahlkreise nach Religionen wurde aufgehoben. Die Reservierung von Sitzen für Frauen und religiöse Minderheiten, darunter auch die Aḥmadīs, wurde beibehalten. Diese Sitze sollten nun nach dem Verhältniswahlrecht vergeben werden, wenn eine Partei mehr als 5 Prozent der Stimmen erhält.²² Abgeordnete mussten über einen Hoch- oder Fachschulabschluss verfügen, wobei die religiösen Schulabschlüsse dem gleichgestellt wurden. Personen, die wegen krimineller oder „moralischer“ Verfehlungen verurteilt wurden, oder öffentliche Kredite nicht zurückgezahlt hatten, wurden ausgeschlossen. Zahlreiche Bestimmungen und Gesetzesänderungen richteten sich zudem speziell gegen Benazir Bhutto (geb. 1953) und Nawaz Sharif. Dafür wurde auch die neuerlassene *Political Parties Order 2002* genutzt.²³ Beiden Politikern drohen bis heute z. T. politisch motivierte Gerichtsverfahren und Korruptionsvorwürfe, weshalb sie auch im Exil blieben. In Verbindung mit der neu eingeführten örtlichen Selbstverwaltung und den dort gewählten Distriktverwaltern (*Nāẓim*) glaubte Musharraf, die politische Klasse erneuern zu können. Dabei ging es ihm offensichtlich besonders um die Förderung von Politikern, die ihm und dem Militär persönlich ergeben waren. Dieses Verfahren hatte schon der Militärdiktator und Präsident Ayūb Khān (1907-1974) mit seinem System der „*basic democracies*“ ausprobiert.

Die Islamisten griffen die LFO in mehreren Punkten an. Sie liefen Sturm gegen die Forderung nach einem Hoch- oder Fachschulabschluss für Abgeordnete – bis klargestellt wurde, dass Abschlüsse der höheren Religionsseminare für diesen Zweck anerkannt werden. Sie protestierten gegen die Wiedereinführung allgemeiner Wahlkreise (*joint electorates*). Diese Auseinandersetzung geht in die Geschichte des indisch-kolonialen Wahlrechts zurück. Die Islamisten hatten sich immer für nach Religionen getrennte Wahlkreise (*separate electorates*) ausgesprochen, bei denen sich Nichtmuslime an den Wahlen für die Kandidaten in den allgemeinen Territorialwahlkreisen nicht beteiligen konnten, sondern nur für die reservierten Minderheitensitze stimmen durften. Liberale und säkulare Politiker forderten dagegen immer die Abschaffung der Religionstrennung für die Territorialwahlkreise. Musharraf stützte sich hier auf den Staatsgründer Mu-

²² Die Fünfprozent-Barriere für die Frauen- und Minderheitensitze wurde noch nach den Wahlen in einer Modifikation der LFO wieder aufgehoben, offenbar aus Angst, das Regime würde sonst nicht genügend Loyalisten auf den reservierten Sitzen unterbringen können. Condition for women's seats withdrawn. Dawn. 18. Oktober 2002.

²³ Dawn. 29. Juni 2002.

hammad Ali Jinnah (1876-1948), der schon 1947 in seiner berühmten Rede vor der verfassungsgebenden Versammlung gefordert hatte, nach der Gründung Pakistans nunmehr die Religionsunterschiede beiseite zu lassen:

You are free; you are free to go to your temples, you are free to go to your mosques or to any other place of worship in this State of Pakistan. You may belong to any religion or caste or creed - that has nothing to do with the business of the State.²⁴

Sie begrüßten zwar den ersten Schritt zur Einführung des Verhältniswahlrechts für die reservierten Sitze, kritisierten aber die Sperrklausel von 5 Prozent, an der sie zu scheitern fürchteten.

Massive Angriffe richteten sie gegen die Sanktionierung der Selbsterkennung von Musharraf als Präsident per Referendum. Sie forderten, er solle sein Mandat vom neu gewählten Parlament bestätigen lassen. Als sie damit offenbar scheiterten, verlangten sie zumindest, er solle als ziviler Präsident seine militärischen Funktionen aufgeben. Von allen politischen Parteien entwickelten sie sich zum konsequentesten Gegner der LFO und deren Aufnahme in die Verfassung. Daran hielten sie auch nach den Wahlen fest. Das hinderte sie letztlich, Kompromissangebote anzunehmen und einer regimetreuen Koalitionsregierung beizutreten.

Der Hintergrund dieses Widerstandes war offenbar die Erkenntnis, dass das Militär als einzige Kraft über die Möglichkeit verfügte, den politischen Einfluss der Islamisten zu beschneiden, wenn es das beabsichtigte.

Eine weitere zentrale Forderung der 'Ulamā' bestand darin, die *Shari'a* für das gesamte Rechtswesen Pakistans verbindlich zu machen. *Qur'an* und *Sunna* sollten zum obersten Gesetz Pakistans erhoben werden. Diese Forderungen gehen auf die späten achtziger Jahre zurück, nachdem unter Zia-ul-Haq zunächst einzelne islamische Rechtsbestimmungen kodifiziert wurden. Das von 2 'Ulamā' 1990 im Senat eingebrachte *Shari'a*-Gesetz scheiterte an der Auflösung der Nationalversammlung durch den Präsidenten. Unter der ersten Nawaz-Sharif-Administration wurde 1991 eine Kompromissvariante des *Shari'a*-Gesetz angenommen und in Kraft gesetzt.²⁵ Es stellte eine Art Mantelgesetz dar, das durch die Bestimmung der umzusetzenden islamischen Rechtsnormen, die Überprüfung und Annahme von Gesetzen und die Überprüfung der Verfassung noch umzusetzen war. Politisch galt es als ein leeres Versprechen an die Islamisten, während Kritiker befürchteten, es öffne der weiteren Einschränkung von Bürger-

²⁴ Jinnah, *Speeches as Governor-General of Pakistan 1947-1948*, Govt. of Pakistan, Islamabad 1976.

²⁵ Shariat Act, 1991 (Act X of 1991).

rechten die Tür, obwohl es diesbezüglich einige Garantien enthielt. In seiner zweiten Amtszeit versuchte Nawaz Sharif, daraus weiteres politisches Kapital zu schlagen, um dem Druck der Islamisten zu begegnen. Er entwickelte aus dem *Sharī'a*-Gesetz die 15. Verfassungsänderung. Damit sollte der Verfassung der Artikel 2B hinzugefügt werden, der die Regierung verpflichtet, die Islamisierung durchzusetzen:

“Supremacy of the Quran and Sunnah

(1) The Holy Quran and Sunnah of the Holy Prophet (peace be upon him) shall be the supreme law of Pakistan.

Explanation:- In the application of this clause to the personal law of any Muslim sect, the expression "Quran and Sunnah" shall mean the Quran and Sunnah as interpreted by that sect.

(2) The Federal Government shall be under an obligation to take steps to enforce the Shariah, to establish salat, to administer zakat, to promote amr bil ma'roof and nahi anil munkar (to prescribe what is right and to forbid what is wrong), to eradicate corruption at all levels and to provide substantial socio-economic justice, in accordance with the principles of Islam, as laid down in the Holy Quran and Sunnah.

(3) Nothing contained in this Article shall affect the personal law, religious freedom, traditions or customs of non-Muslims and their status as citizens.

(4) The provisions of this Article shall have effect notwithstanding anything contained in the Constitution, any law or judgement of any Court.”²⁶

Nachdem dieses Verfassungsgesetz jedoch nach der Zustimmung in der Nationalversammlung im Senat die Zweidrittelmehrheit verfehlt hatte, konnte es nicht in Kraft treten. Die Militärregierung versuchte zunächst, den *‘Ulamā’* in dieser Frage weitgehend entgegenzukommen. Offenbar hoffte man, durch einen Kompromiss von den Islamisten Gegenleistungen zu erhalten, wie etwa eine stärkere Selbstkontrolle der religiösen Milizen und der *Madrasa*. Der Innen- und Religionsminister unterbreiteten mehrere detaillierte und weitreichende Vorschläge, wie das *Sharī'a*-Gesetz auf dem Umweg über Verordnungen doch noch durchzusetzen wäre.²⁷ Besonders interessant war der Plan, eine separate Verwaltung zur Islamisierung des öffentlichen Lebens zu schaffen. Sie sollte das islamische Verhalten aller Bürger in Bezug auf Beten, Kleidung, *Zakāt* zahlen usw. kontrollieren. Dazu war die Schaffung einer *Federal Hisbah Authority* und von *Provincial Hisbah Boards* mit Zweigstellen bis auf der untersten Stadtteilebene vorgesehen. Die Behörde käme einer Art religiöser Polizei gleich. Verfehlungen soll-

²⁶ Text siehe Dawn. 9. Oktober 1998.

²⁷ Shariat to be made supreme law: Moin. Dawn. 14. Januar 2001.

ten mit einem Monat Gefängnis oder einer Geldstrafe bis zu 5.000 Rupien oder bis zu 39 Peitschenhieben oder anderer einfacher körperlicher Züchtigung oder sonstigen Strafen geahndet werden.²⁸ Diese Bemühungen um ein Islamisierungsgesetz führten zunächst zu keinem Ergebnis.

Zugleich versuchte Musharraf, gegenüber den Klerikern in die Offensive zu kommen. Er nutzte nationale Treffen von islamischen Gelehrten (*‘Ulamā’*) und Ordensführern (*Mashā’ikh*) zu zwei vielbeachteten Reden. Dort konfrontierte er die Religionselite mit seinen Vorstellungen eines modernen „progressiven“ Islam, indem er bewusst an die Visionen der Gründungsväter Pakistans, des Politikers Jinnah und des Dichters und Philosophen Allama Iqbal (1877-1938), anknüpfte. Dabei versuchte er deutlich zu machen, dass es keinen Widerspruch zwischen Islam und Modernisierung geben müsse, dass sie eigentlich zusammengehörten. Auf der *Seerat Conference* am 5. Juni 2001 nahm Musharraf gegen religiösen Extremismus und für ein fortschrittliches Islambild Stellung. Er fand deutliche Worte über den Zustand Pakistans und des Islams im Lande:

„If we compare the model Islamic society and the situation in Pakistan, we will realise that there is no tolerance in the society, justice and equity and no merit. We want to impose our ideas on others, and there is contradiction in our sayings and deeds which is causing damage to the country.“²⁹

In seiner Rede im Januar 2002 vor den Religionsführern distanzierte er sich vom Terrorismus und Extremismus:

“Do we want Pakistan to become a theocratic state? Do we believe that religious education alone is enough for governance or do we want Pakistan to emerge as a progressive and dynamic Islamic welfare state? The verdict of the masses is in favour of a progressive Islamic state. This decision, based on the teaching of the Holy Prophet (Peace Be Upon Him) and in line with the teachings of Quaid-e-Azam and Allama Iqbal will put Pakistan on the path of progress and prosperity. Let us honestly analyse what the few religious extremists have attempted to do with Pakistan and Islam.“³⁰

²⁸ Govt likely to promulgate ordinance for Islamisation. News. 16. Mai 2001.

²⁹ News. 7. Juni 2001.

³⁰ General Musharrafs Rede an die Nation am 12. Januar 2002. Asia Times Online. 18. Januar 2002, auf <http://www.atimes.com/ind-pak/DA18Df06.html>.

Stellung der religiösen Minderheiten

Viele sunnitische Radikale benutzten seit längerem in Südasien die Verfolgung religiöser Minderheiten als Instrument der politischen Polarisierung und Profilierung. Einen besonderen Angriffspunkt stellte die Reformsekte der *Aḥmadīya* dar, die als Häretiker betrachtet wurden. Die Aḥmadīs leugneten angeblich den Propheten Muḥammad, da sich der Begründer der Sekte, Mirza Ghulam Ahmad (1839-1908), prophetische Eigenschaften zuschrieb. Die radikalen Sunniten argumentieren seit den zwanziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts, dass diese Art von „Prophetenleugnung“ Apostasie sei und darauf der Tod stehe.³¹ Noch in den neunziger Jahren bestätigte das pakistanische Bundesgericht für Islamisches Recht (*Federal Shariat Court*) diese Auffassung, nach der auf die Missachtung des Propheten nur der Tod und nichts anderes stehen könne.³² Der Versuch, diese Auffassung 1996 durch die Berufungsinstanz beim Obersten Gericht zu revidieren, misslang, auch wenn es ein Minderheitenvotum gegen die Beibehaltung des Strafbestandes gab.

Die Islamisten achteten daher bei ihren Forderungen an das Militärregime besonders darauf, die Ausgrenzung der *Aḥmadīya*-Sekte zu erhalten. Die von ihnen nachdrücklich eingeklagte Gültigkeit der Verfassungsartikel 260 (3) (a) und (b) zielte darauf, dass Aḥmadīs für die Verfassung unverändert als Nicht-Muslime zählten.³³ Damit war es kaum möglich, die entsprechenden Strafrechtsbestimmungen zu revidieren, die der Diskriminierung der *Aḥmadīya* dienten. Nachdem Zulfikar Ali Bhutto (1928-1979) auf Druck der islamistischen Opposition die Aḥmadīs 1974 offiziell zur nichtislamischen Sekte erklärte hatte, legitimierte Zia-ul-Haq ihre Verfolgung, indem er ihr Bekenntnis zum Islam zum Strafrechtsbestand machte. Die Kriegsrechtsanordnung XX von 1984 fügte dem pakistanischen Strafrecht die entsprechenden Paragraphen 298 (b) und (c) zu.

Daher nimmt es nicht Wunder, wenn es dem Militärregime auch nicht gelang, die vor allem international hart kritisierte Diskriminierung von Nicht-Muslimen durch das Blasphemie-Gesetz zu korrigieren. Darunter werden Verordnungen

³¹ Der bekannte Deoband-Gelehrte Maulānā Shabbir Ahmad Uthmani (1885-1949), später Führer der pakistanischen Deobandi-Bewegung, veröffentlichte bereits 1924 ein entsprechendes theologisches Gutachten, auf das sich die Verfolger der Aḥmadīs seitdem immer wieder berufen: *Ash-shihāb li-rajm al-khāṭif al-murtāb. Yānī mirzā'ioñ kē irtadād kā ṣabūt aur qatal-e murtadd kē shari' dila'il.* (Urdu) Karachi: Dāru'l-Ishā'at, 1974 (1924).

³² Cf. Amnesty International, *Five Ahmadi journalists charged with blasphemy*, Document No. ASA 33/03/94, auf <http://www.amnesty.org>.

³³ Vgl. den Text der pakistanischen Verfassung im Netz auf: <http://www.pakistani.org/pakistan/constitution/>.

von 1982 und 1986 verstanden, die dem pakistanischen Strafrecht die Paragraphen 295 (b) und (c) zufügten, die Gotteslästerung und Prophetenleugnung hart sanktionierten, maximal bis zur Todesstrafe. Die Anwendung dieser Bestimmungen richtete sich gegen Christen, aber auch Aḥmadīs. Bis 1995 waren allein nach Paragraph 295 (c) über hundert Fälle gegen Aḥmadīs registriert worden.³⁴ Der pakistanische Innenminister unternahm einen Vorstoß, das Vorgehen nach Paragraph 295 (c) zu modifizieren. Eine Strafanzeige sollte künftig nicht mehr einfach durch jeden Polizisten aufgenommen werden können. Das hatte örtlicher Korruption und nachbarlichen Rachgelüsten Tür und Tor geöffnet.³⁵ Stattdessen sollte der *Deputy Commissioner* eine erste Untersuchung durchführen, bevor die Strafanzeige angenommen würde. Die islamistischen Parteien reagierten entsetzt und zugleich mit einer Drohung: die vorgeschlagenen Veränderungen „would make the law ineffective and create public unrest.“³⁶ Vor allem die Bewegung zur Verteidigung Muḥammads als Siegel der Propheten (*Taḥaffuz-i Khatm-i Nabuwwat*), eine Deobandi-Organisation, die die Aḥmadīs mit militanten und ideologischen Mitteln bekämpft, übte entsprechenden Druck auf die anderen islamischen Gruppen und die Regierung aus. Diese Forderung, hier keine Veränderungen zuzulassen, war auch ein zentraler Punkt des öffentlichen Streiks vom 19. Mai 2000, der den islamistischen Forderungen gegenüber der Militärrregierung Nachdruck verleihen sollte. (Siehe Fn. 14)

Selbst dort, wo die Militärregierung hart blieb, wie in der Frage der Wiederherstellung allgemeiner Wahlkreise ohne Religionstrennung, werden die Aḥmadīs weiter diskriminiert.³⁷ Ihre Namen werden auch künftig nicht in die allgemeinen Wählerlisten aufgenommen, sondern getrennt geführt. Des Weiteren müssen Kandidaten für die allgemeinen Sitze einen Eid ablegen, der u.a. von ihnen die Aussage verlangt, keine Aḥmadīs zu sein.

³⁴ US Department of State, Country Reports on Human Rights Practices for 1995, March 1996, zitiert nach der Webseite der US-Botschaft in Schweden, auf <http://www.usis.usemb.se/human/1995/southasia/pakistan.html>.

³⁵ “Personal rivals and the authorities have used these blasphemy laws, especially Section 295(c), to threaten, punish, or intimidate Aḥmadīs, Christians, and even orthodox Muslims. No person has been executed by the State under any of these provisions; however, some persons have been sentenced to death, and religious extremists have killed persons accused under the provisions. The blasphemy laws also have been used to ‘settle scores’ unrelated to religious activity, such as intrafamily or property disputes.” *Ibid.*, für 2001, auf <http://www.usis.usemb.se/human/2001/southasia/pakistan.html>.

³⁶ Ulema call for strike to press for demands, a.a.O. Die Meldung berichtet von der nationalen Konferenz der Bewegung zur Verteidigung Muḥammads als Siegel der Propheten (*Taḥaffuz-i Khatm-i Nabuwwat*) unter Vorsitz von JUP-Präsident Shāh Aḥmad Nūrānī.

³⁷ *Rehman*, Joint electorate? Not quite, in Dawn, 17.09.02

Reform und Registrierung der *Madrasa*

Von wesentlich weiterreichender Bedeutung für die islamistischen Kräfte war jedoch die Reform der *Madrasa*, die das Militärregime in Angriff nehmen wollte. In erster Linie ging Musharraf mit diesem Vorhaben auf Forderungen der Amerikaner ein, die der pakistanischen Führung konkrete Beweise für die militärische Ausbildung in einigen *Madrasa* vorgelegt hatten:

„The United States repeatedly has asked Islamabad to end support to elements that conduct terrorist training in Afghanistan, to forbid travel of militants to and from camps in Afghanistan, to prevent militant groups from acquiring weapons, and to block financial and logistic support to camps in Afghanistan. In addition, the United States has urged Islamabad to close certain *Madrasas*, or ‘religious’ schools, that actually serve as conduits for terrorism.”³⁸

Nach offiziellen Schätzungen befanden sich ca. 35.000 Ausländer an islamischen Schulen oder Wohlfahrtsorganisationen in Pakistan. Von den Ausländern war etwa die Hälfte arabischen Ursprungs. Die anderen verteilten sich auf Zentralasien, Bangladesh, Burma, Südostasien und andere Ländern.³⁹ Jedoch war es wohl nur eine geringe Zahl von *Madrasa* in bestimmten Schlüsselregionen, in denen auch militärische Ausbildung betrieben wurde. Verschiedene *Madrasa*, vor allem aus der Deoband-Tradition, oder von radikalen Erweckungsbewegungen, „beschränkten“ sich darauf, Studenten und Absolventen aufzurufen, sich den *Mujāhidīn* anzuschließen oder organisierten eine paramilitärische Ausbildung außerhalb ihrer Einrichtungen. Die meisten *Madrasa* konzentrierten sich weiterhin auf die Vermittlung religiöser Bildung, auch wenn sie dabei eine Grundhaltung vermittelten, die die Beteiligung am bewaffneten Kampf gegen „Ungläubige“ in Afghanistan, Kaschmir oder innerhalb Pakistans in der Regel legitimierte.

Bisher wurden viele *Madrasa* nach dem Vereinsgesetz registriert, insbesondere um Steuerbefreiung zu erreichen und private Spenden zu ermöglichen. Die Zahl der *Madrasa* im Lande war massiv angestiegen. 1947 soll es in ganz Pakistan nur 147 *Madrasa* gegeben haben.⁴⁰ Im Jahre 2001 lagen dem pakistanischen In-

³⁸ U.S. Department of State, Patterns of Global Terrorism 1999. Washington, DC, 1. Mai 2000, auf <http://www.state.gov>.

³⁹ International Crisis Group (ICG), Pakistan: Madrasas, Extremism And The Military, 29. Juli 2002, S. 23.

⁴⁰ Herald (Karatschi), September 1992, S. 34.

nenministerium Angaben über 5.900 religiöse Schulen vor.⁴¹ Gegenwärtig wird von einer Gesamtzahl von etwa 10.000 *Madrasa* mit ca. 1,5 Mill. Studenten ausgegangen.⁴² Damit hat sich die Zahl der *Madrasa* seit Beginn der Unabhängigkeit etwa um den Faktor 41 bis 68 vergrößert. Ungefähr im gleichen Zeitraum ist die Bevölkerung im heutigen Staatsgebiet von 33,7 Millionen (Volkszählung 1951)⁴³ auf 147,7 Millionen (Juni 2002 geschätzt)⁴⁴ gestiegen und hat sich damit um den Faktor 4,4 vergrößert. Dies erlaubt die Feststellung, dass der islamische Sektor in Pakistan mindestens 9- bis 15-mal schneller als die Bevölkerung gewachsen ist, seinen Einfluss also nicht nur absolut sondern auch relativ deutlich erhöht hat. Dazu trug erheblich die Anerkennung der Äquivalenz der Abschlüsse der *Madrasa* mit Schulen der Sekundarstufe und dem College ab 1982 bei.⁴⁵ Durch die Ausbreitung der *Madrasa*-Ausbildung war die Mitgliedschaft in islamistischen Organisationen zu einem Massenphänomen geworden. Besonders seit der Regierungszeit von Zia-ul-Haq wurden über die islamische Wohlfahrtssteuer *Zakāt*, die nunmehr durch den Staat zentral erhoben und durch dezentrale *Zakāt*-Ausschüsse verteilt wurde, zahlreiche öffentliche Mittel an die *Madrasa* umgeleitet.⁴⁶ Gleichzeitig gab es einen enormen Wildwuchs. Für viele *Madrasa*-Absolventen war die Gründung einer *Madrasa* oder einer neuen Moschee eine der wenigen Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten. Dies stellte den islamischen Sektor auf eine breite eigene, sich selbst reproduzierende Grundlage. Die vom Westen geförderten islamischen Widerstandsbewegungen in Afghanistan mobilisierten zusätzliches Geld für neue *Madrasa* vor allem im Grenzgebiet zu Iran und Afghanistan. Zugleich hatte sich an den Unterrichtsmethoden und -programmen nichts Entscheidendes geändert. Die Absolventen erwiesen sich in der Regel als wenig tauglich, Aufgaben im öffentlichen Dienst oder in der Wirtschaft zu übernehmen, da sie ein geringes Allgemeinwissen hatten, während sie theologisch hoch spezialisiert und ideologisch stark polarisiert waren.

Musharraf und seine Berater glaubten, durch eine Reform der *Madrasa* deren Modernisierung zu erreichen. Die *Madrasa* sollten durch die Ausweitung der Registrierung dazu gezwungen werden. Als Zuckerbrot zur Peitsche wurden zu-

⁴¹ Situation tense in religious heartland. News, 18. September 2001.

⁴² ICG: *Pakistan*; Madrasas ... a.a.O., S. ii, auf der Webseite der ICG unter http://www.intl-crisis-group.org/projects/asia/afghanistan_southasia/reports/A400717_29072002.pdf.

⁴³ *Government of Pakistan*, Pakistan Economic Survey 1982-83. Finance Division. Islamabad 1983, Statistical Annexure, S. 2.

⁴⁴ *US Central Intelligence Agency*, The World Factbook 2002. Washington, DC: online, auf <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/index.html>.

⁴⁵ *Malik, J.*, Islamization of the Ulama and their places of learning in Pakistan 1977-84. in: *Asien*, No. 25, Oktober 1987, Hamburg 1987, S. 47f.

⁴⁶ Vgl. *Malik, J.*, Islamization ..., a.a.O.

sätzliche Mittel für die Ausstattung kooperationswilliger Einrichtungen mit Computern angeboten. Zugleich sollten verstärkt bestehende Rechtsbestimmungen gegen das Tragen von Waffen in Unterrichtseinrichtungen, gegen die Bildung „illegaler“ Milizen usw. durchgesetzt werden. Die Regierung unterschätzte jedoch die ökonomischen Ausmaße eines solchen Programms ebenso wie den Widerstandswillen der Kleriker. Offenbar war das Regime auch selbst nur begrenzt an einer Reform der *Madrassa* interessiert. Das Projekt der Modernisierung der *Madrassa* knüpft an Empfehlungen des so genannten Halepota-Komitees von 1979 aus der Zeit von Zia-ul-Haq an. Dazu sollten 2001 „Modell-*Madrassa*“ geschaffen werden, die einem neuen Gremium, dem Pakistan *Madrassa* Education Board (PMEB) untergeordnet wurden, für die zunächst 30 Mill. Rupien bereitgestellt wurden.⁴⁷ Insgesamt plante die Regierung, über die nächsten 3 Jahre 13,69 Mrd. Rupien dafür einzusetzen.⁴⁸ Ein neuer Modelllehrplan wurde erstellt, der für alle *Madrassa* verbindlich werden sollte. Die bestehenden *Madrassa*-Stiftungsräte (*wafāq*) sollten sich dem PMEB anschließen. Das neue *Madrassa*-Registrierungsgesetz⁴⁹ wurde im Juni 2002 vorgestellt. Auch wenn die Registrierung freiwillig blieb, sollten die nichtregistrierten *Madrassa* doch von öffentlichen Mitteln, darunter auch *Zakāt*-Fonds bis zur Registrierung ausgeschlossen werden. Des Weiteren müssten die Zuwendungen und Ausgaben offengelegt werden. An den religiösen Schulen sollten zusätzlich Naturwissenschaften (*general science*), Mathematik, *Pakistan Studies* (eine Kombination aus Geschichte und Landeskunde) und Englisch unterrichtet werden. Die Einschreibung ausländischer Studenten und die Einstellung ausländischer Lehrer müsste durch das Innenministerium vorab genehmigt werden (*no-objection certificate*). Ausländische Spenden sollten kontrolliert werden, ohne dass jedoch die Modalitäten dafür festgelegt wurden.⁵⁰ Aufgrund der unverminderten Einsprüche der Religionsgelehrten wurde die Verordnung vor den Wahlen jedoch nicht mehr in Kraft gesetzt.⁵¹ Die MMA mobilisierte ihre Anhänger dagegen. Sie versprach, „dem Säkularismus den Weg zu verlegen und zu verhindern, dass das Land in eine Kolonie Amerikas verwandelt wird.“⁵² Die Reform der *Madrassa* wird als Versuch gewertet, im Auftrag der USA Pakistan seinen islamischen Charakter zu nehmen.

⁴⁷ ICG: *Pakistan, Madrasa ...*, a.a.O., S. 24.

⁴⁸ News. 21. Juni 2002.

⁴⁹ *Dīnī Madāris (Voluntary Registration and Regulation) Ordinance 2002*. Vgl. Dawn. 20. Juni 2002.

⁵⁰ News. 21. Juni 2002.

⁵¹ *Regulating religious schools left to next govt.* News. 10. Oktober 2002. Vgl. die entsprechende Forderung der MMA von Anfang Oktober 2002. News. 6. Oktober 2002.

⁵² News. 1. Juli 2002.

Beobachter betrachteten die Aussichten, durch die Verordnung etwas an der *Madrassa*-Ausbildung zu ändern, ohnehin skeptisch. Die meisten *Madrassa* stützen sich hauptsächlich auf die reichlich fließenden privaten Spenden, so dass sie von Regierungsmitteln oder öffentlichen *Zakāt*-Geldern nicht wirklich abhängig sind. Solange die Registrierung freiwillig ist und die Anerkennung der Äquivalenz der religiösen Abschlüsse erhalten bleibt, signalisiert die Regierung auch keine besondere Entschlossenheit, hier aktiv zu werden.

Sektenkrieg, illegale Waffen und öffentliche Ordnung

Das Militärregime sah den zunehmenden Zerfall der öffentlichen Ordnung in Pakistan und die Ausbreitung einer so genannten „Kalaschnikowkultur“⁵³ im Gefolge des Afghanistankrieges mit der Verbreitung von Waffen, Drogen und Gewalt zunehmend als Faktor an, der die Sicherheit, ja sogar die Existenz Pakistans als Ganzes bedrohte. Daher unternahm es einige Schritte, die auch die islamistischen Kräfte betrafen. Sie richteten sich zunächst vor allem gegen sunnitische und schiitische Milizen, die sich seit Mitte der achtziger Jahre einen zunehmend blutigen Sektenkampf lieferten, der in einigen Orten, vor allem in Karatschi, Lahore und einigen Städten des südlichen Punjab bürgerkriegsähnliche Züge annahm. Bemühungen Pakistans, schon unter der Regierung von Nawaz Sharif, von der afghanischen *Talibān*-Regierung eine Auslieferung der Organisatoren dieser Sektenmilizen zu erreichen blieben erfolglos. Daher wurden die sunnitische Extremistenmiliz *Lashkar-i Jhangwī* (LJ) und das schiitische Pendant *Sipāh-i-Mohammadī* (SM – Armee des Propheten) am 14. August 2001 verboten.⁵⁴ Die Militärregierung hatte zeitweise die Verabschiedung einer separaten Verordnung gegen die Sektenunruhen (*Anti-Sectarian Ordinance*) erwogen.⁵⁵ Offensichtlich wurde sie jedoch nicht verabschiedet. Die LJ war eine Abspaltung der Armee der Gefährten Muḥammads (*Sipāh-e Sahāba-e Pakistān* – SSP), die unter anderem von Azam Tariq geleitet wurde, der Brandreden gegen die Schia hielt. Die politisierten anti-schiitischen Diskurse im Kontext des südasiatischen Subkontinents gingen ebenfalls auf die zwanziger Jahre des Zwanzigsten Jahrhunderts zurück, als sich das Programm eines sunnitischen Radika-

⁵³ Diese wurde sehr zutreffend beschrieben in: Joseph, Pakistan fights to end 'Kalashnikov culture'. The Washington Times. 20. August 2002, auf <http://www.washtimes.com/world/20020820-27615356.htm>.

⁵⁴ TJP, SSP warned: Sipah-i-Muhammad and Lashkar-i-Jhangvi banned. Dawn. 15. August 2001.

⁵⁵ Cabinet may okay draft anti-sectarian law today. News, 11. April 2001; Anti-Sectarian Act finalised: Moin. News, 22. Mai 2001; Committee formed to handle sectarian cases. News. 24. August 2001.

lismus zu formieren begann. Schiitische politische und militante Organisationen bildeten sich als Antwort jedoch erst in den achtziger Jahren heraus. So entstand die TJP als öffentliche und politische Frontorganisation schiitischer Interessen. Die Islamisierungsbestrebungen dieser Zeit verschärfen die Polarisierung zwischen Schiiten und Sunniten auch in Regionen, wo es eher um Fragen örtlicher Macht und Vorherrschaft ging. Das betraf besonders Gebiete im Punjab, wo alter schiitischer Landbesitz noch dominierte, sowie einige Stammesgebiete der Pakhtunen, von denen einzelne Stämme schiitischen Bekenntnissen folgten. Auch die islamische Revolution im Iran ermunterte die Schiiten, sich stärker öffentlich in Pakistan zu behaupten. Die militanten Gruppen griffen immer häufiger zu gezielten wechselseitigen Attentaten. Das Klima der Gewalt verschärfte sich durch den Afghanistankrieg. Dort standen Iran und Saudi-Arabien als Unterstützer in direkter Konkurrenz. Diese Konstellation wiederholte sich auch im Innern Pakistans.

Dem Verbot der LJ folgte bald das Verbot der SSP und auch der TJP, die sich ebenfalls an die militanten Aktionen beteiligten. Das Vorgehen der pakistanischen Sicherheitskräfte gegen die sunnitischen Extremisten war jedoch sehr zögerlich. Viele ihrer Führungskader betätigten sich auch in *Mujāhidīn*- oder *Jihādī*-Gruppen, die mit pakistanischer Unterstützung in Afghanistan und Kaschmir tätig waren. Der Bewegungsspielraum der Sektenmilizen wurde offenbar kaum ernsthaft eingeschränkt. Die Zahl der Anschläge und ihrer Opfer schien sich sogar noch zu erhöhen. Nach Amtsübernahme des Militärregimes wurden 2000 ca. 150⁵⁶ und 2001 bereits über 400 Opfer religiöser Gewalt zwischen den Sekten und gegen „Abweichler“ gezählt.⁵⁷ Zwar machen einige Beobachter geltend, dass sich viele dieser Milizgruppen inzwischen örtlich privatisiert haben und außerhalb jeder Kontrolle agieren. Es stimmt aber nachdenklich, dass die LJ offenbar ihre Aktionsfähigkeit nicht verloren hat. Die SSP hat sogar Ende des Jahres 2002 öffentlich ihre 15. Jahresversammlung abhalten können.⁵⁸ Ihr Führer, Azam Tariq, konnte aus der Haft heraus für die letzten Parlamentswahlen als Unabhängiger kandidieren, und das erfolgreich. Auf dieser Konferenz verkündete er großspurig seine Unterstützung für die Jamali-Regierung. Die TJP ist trotz Verbots Mitglied des offiziellen religiösen Parteienbündnisses MMA geblieben, ihr Vorsitzender kandidierte für den Senat, das Oberhaus des Parlaments.⁵⁹

⁵⁶ Malik, *Religious Minorities in Pakistan*. a.a.O. S. 13.

⁵⁷ Pakistani Shi'ites go on rampage over killings. Reuters AlertNet. 12. März 2002. Vgl. auch Sadaqat Jan: *Sectarian Strife*. Frontline (Madras). 12. April 2002.

⁵⁸ News. 28. Dezember 2002.

⁵⁹ Independent MPAs to play vital role: Senate elections. Dawn. 19. Januar 2003.

Jihādī-Organisationen, die sich dem bewaffneten Kampf gegen „Ungläubige“ verschreiben, haben in Südasien eine lange Tradition. Eine der bekanntesten Reinigungsbewegungen des Islams in Südasien unter Sayyid Ahmad Bareilly (1786-1831) verbreitete sich Anfang des 19. Jahrhunderts durch *Mujāhidīn*. Sie wurden von der britischen Kolonialmacht auch die indischen Wahhabiten genannt, was theologisch nicht ganz korrekt war, da sie weiterhin der sunnitisch-hanafitischen Rechtsauffassung folgten. Um den ersten Weltkrieg herum und während der anti-kolonialen Bewegung erlebten lokale Mujahidin-Aktivitäten, oft in Verbindung mit den Kriegen Großbritanniens gegen Afghanistan und besonders in den Pakhtunengebieten noch mal einen deutlichen Aufschwung. Dieser Traditionen folgen bewusst die modernen *Mujāhidīn*-Gruppen, die vor allem Ende der siebziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts in Verbindung mit dem Bürgerkrieg in Afghanistan entstanden. Seit dem Abzug der Sowjetunion aus Afghanistan 1989 erweiterten sie ihr Aktionsfeld zunehmend auf Kaschmir und Indien, aber auch auf Zentralasien und die Provinz Xinjiang in China.⁶⁰

In den neunziger Jahren setzte ein Wettrennen zwischen allen großen islamischen Parteien ein, sich militante Gruppen zuzulegen. Diese leisteten bei den üblichen großen Jahresversammlungen Ordnungsdienste, dienten als Stosstrupps in lokalen machtpolitischen Auseinandersetzungen und stellten Kontingente für die militärischen Aktivitäten in Afghanistan bzw. in Kaschmir. Die bekanntesten von ihnen sind die *Harkatu'l-Mujāhidīn* (HUM), ehemals *Harkatu'l-Anṣār* (HUA), die ursprünglich aus der SSP als Abspaltung hervorgingen und sich theologisch als radikale Deobandi-Organisation verstehen. Aus der HUM ging als weitere und inzwischen sehr aktive Abspaltung die *Jaish-e-Muḥammadi* (JM) hervor. Des Weiteren gehören dazu die *Hizbu'l-Mujāhidīn* (HM), die der JI nahe steht und hauptsächlich in Kaschmir agiert, und die erwähnte *Lashkar-i Taiba*, die dem Netzwerk der *Ahl-i Ḥadīth* verbunden ist. Die Barelwis verfügen über mehrere, vor allem lokale Gruppen, z.B. die *Jalālī Force* (JF) in Bhikhī Sharīf, Punjab.

Gegen das Tragen von Waffen in der Öffentlichkeit, darunter auch in Moscheen und *Madrasa*, sowie gegen die militärische Ausbildung dort wurde mit der *Anti-Weaponisation Ordinance 2001* vom 15. Februar 2001 angegangen.⁶¹ Verschiedenen Hinweisen zufolge behinderte jedoch der pakistanische Geheimdienst ISI dieses Programm, da er negative Auswirkungen auf die *Jihādī*-Organisationen befürchtete.⁶² Auch die bisherige Praxis der unkontrollierten öffentlichen Spe-

⁶⁰ Ausführlicher siehe Reetz, *Islamic Activism in Central Asia and the Pakistan Factor*. in: *Journal of South Asian and Middle Eastern Studies*, Vol. XXIII, No. 1, Fall 1999, S. 1-37.

⁶¹ S. Fn.30.

⁶² Herald (Karatschi). Dezember 2001, S. 21.

densammlungen für die *Jihādī*-Gruppen sollte kontrolliert werden.⁶³ Das Einsammeln illegaler Waffen erwies sich als zäher Kampf gegen lokale Klanstrukturen, umso mehr, als in einigen Regionen Pakistans, wie der Nordwestgrenzprovinz und Balutschistan, das Tragen von Waffen immer noch als Teil der Mannesehre angesehen wird. Vor dem 11. September 2001 blieben die meisten *Jihādī*-Gruppen im Wesentlichen von direkten Maßnahmen des Regimes verschont.

Die islamistischen Parteien reagierten auf die sich abzeichnenden Beschränkungen sehr aktiv. Zum einen gründeten sie wiederholt Gremien, die die Sektenauseinandersetzungen beilegen sollten. Ein deutlicher Fortschritt wurde in dieser Richtung erst mit der Gründung der MMA erzielt, als sich die sunnitischen Parteien mit einer schiitischen Partei auf einer gemeinsamen Plattform trafen, wie zu hören war, nicht ohne deutlichen Druck seitens des Militärs und Geheimdienstes.

Massive Proteste richteten sich gegen Beschränkungen der *Jihādī*-Gruppen. Hier nahmen sie eine offensive Haltung ein. Bei diesen Gruppen handele es sich um Freiheitskämpfer. Wer sie behindert, sei kein Muslim und mache sich der Apostasie schuldig. Wenn man sich jetzt von ihnen abwende, sei das Verrat auf Druck von Amerika, nachdem man sie erst gefördert habe. Die *Jamā'at-i Islāmī* strengte deshalb ein Verfahren gegen den liberal orientierten Innenminister Moin wegen Verletzung von „Verfassungsprinzipien“ an. Der Islam sei die Staatsreligion Pakistans, die Verfassung verlange von allen Muslimen über die „*Objectives Resolution*“, ein Leben im Geiste des Islams entsprechend *Qurʾān* und *Sunna* zu führen, die jeden Muslim verpflichten, sich am *Jihād* zu beteiligen.⁶⁴

Die *Jihādī*-Gruppen sind jedoch unvermindert damit befasst, sich neue Mitglieder zu beschaffen. Dabei erregte bisher in der Öffentlichkeit erst aunlicherweise relativ wenig Aufmerksamkeit, in welchem Umfang sie ihre Rekrutierungskampagne in Schulen und Colleges hineintragen.⁶⁵ Dort wird stark ideologisch gefärbtes Informationsmaterial verteilt, das die Jugendlichen auffordert, sich dem *Jihād* zur Bekämpfung Andersdenkender anzuschließen.

Auch die Rolle der Koordinierungsgremien wurde bisher wenig beleuchtet. Im März 1995 wurde der Nationale Rat zur Versöhnung (*Millī Yākjēhī Council*) gegründet, dem alle religiösen Gelehrtenparteien, einige Sektenorganisationen

⁶³ Govt to check income of Jihadi outfits. Dawn. 20. Februar 2001.

⁶⁴ Jamaat-i-Islami files writ against Moin. Dawn. 16. Februar 2001.

⁶⁵ Dawn. 17. Februar 2001.

und Milizen angehörten. Er hatte die Aufgabe, in den schiitisch-sunnitischen Sektenkämpfen zu vermitteln. Die Anliegen der Kleriker im afghanischen Bürgerkrieg vertraten Gremien wie der *Afghān Jihād Council*⁶⁶ (gegründet 1990) oder der *Pakistan-Afghanistan Defence Council*⁶⁷, die ein gemeinsames Forum für die religiösen Parteien und die *Jihādī*-Gruppen bildeten. Erst im Januar 2002 wurde festgestellt, dass Vertreter des pakistanischen Geheimdienstes ISI sich nunmehr aus dem *Afghān Jihād Council* zurückgezogen hätten – vier Monate nach dem 11. September 2001 und deutlich nach dem Sturz der *Ṭalibān* in Afghanistan durch die Anti-Terrorkoalition.⁶⁸

Islamische Wirtschaft und Wucherzinsverbot

Auch im ökonomischen Bereich nutzten die islamistischen Parteien Schwierigkeiten der bestehenden Lage, um den Druck auf das Militärregime zu verstärken und außerparlamentarische Zugeständnisse zu verlangen. Sie unterstützten streikende Händler und Gewerbetreibende, die sich im Mai - Juni 2000 gegen die Verbesserung der Steuererfassung und zaghafte Schritte einer Steuerreform stellten. Ironischerweise hatte das Militärregime den Islamisten dieses Instrument selbst in die Hand gegeben, da Finanzminister Shaukat Aziz den JI-Führer Qazi Hussain bat, zwischen den Händlern und der Regierung zu vermitteln. Da er jedoch von der Regierung kein offizielles Mandat erhielt, lehnte er letztlich die Vermittlung ab, konnte aber den Einfluss der Islamisten unter den Händlern erheblich stärken.⁶⁹ Kurze Zeit später ermunterten die Islamisten die Händler selbst zu dem Streik.

Auch in der Frage der Durchsetzung des Zinsverbotes gingen die Islamisten in die Offensive. Die Regierung Musharraf wurde hier mit den Auswirkungen von Initiativen und Gerichtsverfahren konfrontiert, die bis in die Amtszeit von General Zia-ul-Haq zurückreichten. Dabei ging es um die Einführung eines zinsfreien islamischen Wirtschaftssystems in Pakistan. Im Mittelpunkt stand die Vereinbarkeit verschiedener Geldgeschäfte mit der *sharīʿa*. Es wurde versucht, die Gewinn- und Verlustteilung zwischen Kreditgeber und -nehmer als eine Haupt-

⁶⁶ News. 21. September 2001.

⁶⁷ Nation. 18. September 2001.

⁶⁸ Pakistan Cutting Ties With Militants. New York Times, 20. Februar 2002.

⁶⁹ Vgl: Qazi urges end to row with traders over tax survey. JI Media News, 9. Juni 2000, auf <http://www.jamaat.org>.

form der islamgerechten Finanzwirtschaft zu etablieren.⁷⁰ Die unter Zia 1985 eingeführten Praktiken wurden jedoch vom Obersten *Shari‘a*-Gericht in einem Urteil vom 14. November 1991 abgelehnt, da sie nicht mit dem Islam übereinstimmen würden. Per Auflage des Obersten *Shari‘a*-Gerichtes vom 23. 12. 1999 sollte dann bis zum 30. Juni 2001 ein solches zinsfreies System eingeführt werden. Der Religionsminister Mahmood Ahmad Ghazi versuchte zunächst, regierungsseitig Bedingungen zu schaffen, um die Verordnung durchzusetzen. So wurden eine Kommission und eine *Taskforce* zur Durchsetzung des Urteils gebildet.⁷¹ Sie hatten die Aufgabe, eine Verordnung zum Verbot des Zinsnehmens im Finanzwesen (*Anti-Ribā Ordinance*) vorzubereiten, die jedoch immer wieder überarbeitet wurde. Ghazi forderte die islamischen Gelehrten auf, der Regierung verstärkt Unterstützung bei der Umsetzung des Urteils zu geben. Die praktischen Schwierigkeiten waren offensichtlich. Vertreter der Wirtschaft und des Bankwesens befürchteten, dass sich für Pakistans Stellung in der internationalen Finanzwirtschaft erhebliche Schwierigkeiten ergeben würden, wenn die Regierung dem Urteil folgt. Die Regierung entschloss sich zum prozessualen Lavieren. Dabei versuchte sie möglichst zu vermeiden, selbst in die Öffentlichkeit zu gehen. In einem Revisionsverfahren erreichte die private UBL-Bank eine hinausschiebung des Termins auf den 30. Juni 2002. Die Argumente gegen eine Verschiebung der Einführung und gegen eine Verwässerung der vorgeschlagenen *Anti-Ribā Ordinance* kamen hauptsächlich von den Anwälten der JI.⁷² Mit der maximalistischen Forderung, das gesamte Wirtschaftssystem komplett auf *shari‘a*-kompatible Finanzprodukte umzustellen, brachten die ‘*Ulamā*’ die Regierung in erhebliche Schwierigkeiten. Die ‘*Ulamā*’ drohten, wiederum eine öffentliche Protestbewegung zu starten, um das Zinsverbot durchzusetzen.⁷³

Aus Sicht der Regierung zeichneten sich im Herbst 2001 drei Optionen ab. Der Gouverneur der Staatsbank schlug vor, *shari‘a*-kompatible Finanzprodukte entweder in einer separaten vollwertigen kommerziellen islamischen Bank oder über islamische Bankschalter der bestehenden Bankfilialen oder über separate islamische Bankfilialen der bestehenden Banken anzubieten. Sollten die Bürger Pakistans ihre Transaktionen auf diese Finanzprodukte umstellen, würde das

⁷⁰ Zur Geschichte des islamischen Bankwesens in Pakistan siehe den Jahresbericht der Pakistanischen Staatsbank für 2002, Kapitel 10: Islamization of Financial System in Pakistan, auf <http://www.sbp.org.pk/reportFY02/chap10.pdf>.

⁷¹ News. 9. Oktober 2000.

⁷² JI seeks review of SC order in Riba case. JI Media News. 5. September 2001.

⁷³ News Ulema warn of agitation if Riba not ended. News. 23. Mai 2001.

zinsgebundene Finanzsystem von selbst verschwinden.⁷⁴ In dieser Richtung argumentiert die Regierung bis heute: erst müsse die Gesellschaft umgestaltet werden und die Menschen bereit sein, das islamische Finanzsystem zu akzeptieren. Dann müssten die entsprechenden Rechtsnormen geschaffen werden. Solange dürfe dazu kein Urteil gefällt werden.⁷⁵ Offenbar war das Motiv der Regierung, sich nunmehr verstärkt gegen die geplante Zinsverordnung zu engagieren, vor allem darin begründet, Schwierigkeiten für die Rückzahlung der vielen Schulden zu vermeiden, die zahlreiche Politiker und Mitglieder der Elite bei den staatlichen Banken durch Patronage der früheren Zivilregierungen angehäuft hatten. Das Oberste Gericht hat seither mehrfach die Verordnung an das Oberste *Shari'a*-Gericht zurück überwiesen, das sich jedoch weigert, sein Urteil zu modifizieren.⁷⁶

Die Folgen des 11. Septembers 2001: Krieg dem Terror

Der terroristische Überfall auf New York und Washington stellte auch für das pakistanische Militärregime im Umgang mit dem Islamismus und der islamischen Militanz eine Zäsur dar. Die Tatsache, dass der Angriff offenbar durch militante Islamisten ausgeführt wurde, die unmittelbar mit Netzwerken verbunden waren, die sich auf afghanischem und pakistanischem Territorium entfaltet hatten, rückte Pakistan ins Visier der amerikanischen Vergeltungs- und Abwehrstrategie. General Musharraf erkannte die möglichen militärischen Konsequenzen einer solchen Entwicklung sofort. Er zögerte daher nur kurz, als ihm von US-Außenminister Colin Powell in ultimativer Form die Alternative aufgezeigt wurde, sich entweder an die Seite einer internationalen Anti-Terrorkoalition oder gegen die USA zu stellen.

General Musharraf kalkulierte riskant aber durchaus präzise, dass er den öffentlichen Widerstand der islamistischen Rechten im Zaum halten könne. Die Islamisten organisierten im Gefolge zwar eindrucksvolle und angespannte Massendemonstrationen gegen den Anti-Terror-Krieg in Afghanistan und die politische Kehrtwende von General Musharraf. Aber sie bildeten keine echte Bedrohung

⁷⁴ Three options under consideration to start process of Islamic banking: State Bank of Pakistan governor defends moratorium on NDFC withdrawals. *News*, September 2001, auf der Webseite des *Institute of Islamic Banking and Insurance* (London), auf http://www.islamic-banking.com/news/pakistan/archive/options_0901.php.

⁷⁵ SC reserves verdict in riba case. Pakistan News Service (PNS). 23. Juni 2002, auf der Internet-Webseite <http://paknews.com/>.

⁷⁶ News Verdict on Riba comprehensive and complete, FSC. News. 25. Oktober 2002.

der Herrschaft des Regimes und konnten auch auf diese Weise keinen Kurswechsel erzwingen.

Auf Drängen der USA, die offenbar im Einzelnen dem General präzise Vorgaben machten, sah sich Musharraf zu Maßnahmen veranlasst, die den politischen Spielraum der Islamisten, vor allem in sicherheitsrelevanten Fragen, einschränken sollten. So stellte er eine Reihe von Generälen in der Militärführung kalt, die für ihre proislamistischen Auffassungen bekannt waren, darunter den Chef des Geheimdienstes ISI, Generalleutnant Mehmood Ahmad. Desgleichen veränderte er die Befehlskette für die Nuklearstreitkräfte so, dass pro-islamistische Generale auch hier ausgeschlossen wurden, auch wenn Musharraf das in der Öffentlichkeit dementierte.⁷⁷

Nachdem sich die Koalition islamistischer Parteien auf der Straße gegen den General in der Afghanistan-Frage nicht durchsetzen konnte, fühlte sich Musharraf ermutigt, in die Offensive zu gehen. In seiner vielbeachteten Rede vor religiösen Würdenträgern vom 12. Januar 2002 kündigte er weitere Maßnahmen gegen islamistische Militanz an.⁷⁸ Erneut rief er dazu auf, Pakistan zu einem Muster eines modernen und fortgeschrittenen islamischen Staates zu machen. Er verbot weitere radikale islamistische Organisationen, verfügte auch Einschränkungen für das Sammeln öffentlicher Spenden für diese Organisationen.

Doch war diese Rede und die darin vorgeschlagenen Maßnahmen offenbar mehr von taktischen Zwängen und strategischen Überlegungen der Machterhaltung und der Auseinandersetzung mit Indien diktiert, als von der Absicht, den Einfluss der islamistischen Kräfte auf die Politik zu begrenzen. Am 13. Dezember 2001 fand ein Terrorüberfall auf das indische Parlament statt. Indien machte dafür islamistische Terrorgruppen verantwortlich, besonders die LT und die JM. Diese agierten vor allem in Kaschmir und wurden nach Meinung vieler Beobachter von Pakistan zumindest geduldet, wenn nicht unterstützt. Vor dem Hintergrund des offensiven Vorgehens der USA gegen terroristische Strukturen drohte Indien damit, vermeidliche Ausbildungslager dieser Organisationen und andere Institutionen auf pakistanischem Boden anzugreifen. Es begann ein gewaltiger Militäraufmarsch von über einer Million Mann mit nuklearer Dimension. Die USA sahen in dieser Eskalation einen gefährlichen Störfaktor für ihren Anti-Terrorkrieg in Afghanistan. Wenig später kam es in Afghanistan zu einer massiven Schlacht um die Höhlen von Tora Bora. Zumindest wurde dadurch

⁷⁷ Davis, Pakistan's Taliban Troubles, in: Jane's Defence Weekly, 1. Dezember 1999; Pakistan Moves Nuclear Weapons, Musharraf Says Arsenal Is Now Secure. Washington Post. 11. November 2001, auf www.washingtonpost.com.

⁷⁸ Vgl. Fn. 30.

bestätigt, dass es den übriggebliebenen Strukturen der *Talibān* und den ausländischen Kämpfern gelungen war, sich teilweise in Afghanistan und im Grenzgebiet zu Pakistan umzugruppieren und in unwegsame Stammesgebiete zurückzuziehen.

Aber auch innere Zwänge machten deutlich, dass der Einfluss der militanten Gruppen noch lange nicht gebrochen war. Trotz vielfältiger Sicherheitsmaßnahmen behielten sie einen gewissen Spielraum zum Agieren. Das zeigten besonders die Vorgänge um die Entführung des Korrespondenten des „Wall Street Journal“, Daniel Pearl. Er wurde im Januar 2002 entführt und auf brutale Weise vor laufender Kamera enthauptet. Angeblich sollte ein Zeichen des Widerstandes gegen die USA und Israel (Pearl war Jude) gesetzt werden. Als die ersten Verdächtigen in diesem Fall verhaftet wurden, ergaben sich auch Querverbindungen zu ehemaligen Geheimdienstoffizieren. Sie sollen zu denen gehört haben, die in einer Säuberungsaktion nach dem Beitritt Pakistans zur Anti-Terrorcoalition entlassen wurden. Es hieß, Pakistan bereitete es erhebliche Schwierigkeiten, die Kontrolle über die ausgefertigten Geheimdienststrukturen des ISI wiederzugewinnen. Teile des ISI hatten sich im Geflecht islamistischer Strukturen, des illegalen Waffen- und Drogenhandels verselbständigt. Doch auch unter den Militanten, die lange Zeit – und vor allem in Afghanistan und Kaschmir – sehr koordiniert gehandelt hatten, bildeten sich Renegatengruppen. Für diese verständigte sich die Gewaltanwendung weitgehend zu einer Art bewaffnetem Bandenkrieg. Einzelne versuchten auch, Musharraf direkt zu treffen und zu beseitigen. Andere setzen Terrorakte gegen symbolische Ziele fort, indem sie Ausländer, Christen, und Ahmadis,⁷⁹ in Kaschmir wieder auch zivile und religiöse Ziele, wie Hindu-Tempel, angriffen.⁸⁰

Dennoch schien sich die Lage Pakistans im Innern und Äußern zu stabilisieren. Das Land war Teil einer internationalen Gemeinschaftsaktion, hatte seine Beziehungen zu den USA und der westlichen Welt insgesamt verbessern können.

⁷⁹ Nach dem 11. September 2001 wurden folgende größere Anschläge in Pakistan auf westliche und „prowestliche“ Ziele registriert: 2002: 17. März: 2 US-Bürger sind unter den Opfern eines Anschlages auf die Protestant International Church in Islamabad; 8. Mai: 11 französische Ingenieure, die am Agosta-U-Bootprojekt arbeiten, sind unter den Opfern eines Selbstmordattentates in Karatschi; 14. Juni: 12 Pakistaner werden Opfer eines Selbstmordanschlages auf das US-Konsulat in Karatschi; 13. Juli: 7 Deutsche sind unter den Verletzten eines Handgranatenanschlages auf Touristen an einer archäologischen Ausgrabungsstätte; am 28. Oktober 2001, am 5. und 9. August, 25. September und 5. Oktober 2002 wurden Anschläge auf christliche Einrichtungen in Bahawalpur, Murree, Taxila, Karatschi und Bannu verübt. Herald, Dezember 2002, S. 46-37.

⁸⁰ Siehe Überfall auf den Raghunath-Tempel in Jammu am 24. November 2002. An outrage in Jammu. Frontline (Madras), Vol. 19, No. 25, 20. Dezember 2002.

Wirtschaftliche Reformmaßnahmen zeigten erste Erfolge. Die Währungsreserven Pakistans stiegen wieder an, das Wirtschaftswachstum nahm zu.

Musharrafs Streben nach der Macht: die Islamisten kommen wieder

In dieser Situation sah Musharraf die Gelegenheit gekommen, das Militär und sich selbst in der pakistanischen Politik fester zu installieren. Damit lag er ganz in der Tradition der früheren pakistanischen Militärmachthaber, die alle mit dem Versprechen angetreten waren, nur einen Übergang zu einer zivilen Regierung vollziehen zu wollen, um später doch eine eigene neue Ordnung ins Leben zu rufen.

Musharraf argumentierte, ohne den fortgesetzten Einfluss seiner Person als Armeechef wäre eine erfolgreiche Durchsetzung der verschiedenen Reformmaßnahmen nicht gesichert. Die existentielle Krise Pakistans, die er bei seinem Amtsantritt feststellte, schien ihm weitere Gründe für eine fortgesetzte Machtausübung zu geben. Pakistan glaubte auch nicht ohne Grund, die USA würden einen fortgesetzten Verbleib von Musharraf an der Macht begrüßen, um den Erfolg des Anti-Terrorkrieges nicht zu gefährden. Das Militär zeigte sich fest entschlossen, die Kontrolle auch über die zivile Macht nicht aus der Hand zu geben.

Gleichzeitig spitzte sich die Lage gegenüber Indien wieder zu. Daran war nicht nur der Terroranschlag vom 13. Dezember 2001 Schuld. Der Bürgerkrieg im indischen Kaschmir, angeheizt durch neue Terroranschläge wie auch durch Übergriffe der indischen Sicherheitskräfte, ging unvermindert weiter. Die inneren und äußeren Ambitionen des Militärs in der Person von Musharraf untergruben die Legitimität und Wirksamkeit des Reformkurses von Musharraf. In Vorbereitung auf die Wahlen im Oktober 2002 betrieb das Regime eine weit gefächerte strukturelle Manipulation, bei dem die Opposition systematisch ausgeschaltet oder benachteiligt wurde.⁸¹ Während sich diese Strategie vor allem gegen die PPP und die Muslimliga (Nawaz) richtete, profitierten die Islamisten davon. Ihrem Wahlbündnis MMA wurden offenbar auf Anordnung des Militärregimes viele Steine aus dem Weg geräumt. Gouverneure und Distriktbeamte veranlassten in vielen Wahlkreisen die Einstellung von Verfahren gegen potentielle MMA-Kandidaten wegen Korruption oder Störung der öffentlichen Ordnung. Im Gegensatz zu den anderen Parteien unterlagen die Wahlkampfveranstaltungen

⁸¹ Vgl. Wahlbericht der EU für Pakistan:
<http://www.europarl.eu.int/meetdocs/committees/afet/20021104/Cushnahan%20Report.pdf>.

gen der MMA kaum Beschränkungen. Dennoch profitierte die MMA besonders von der mangelnden Koordinierung der säkularen politischen Kräfte sowie von der geringen Wahlbeteiligung der Anhänger der PPP und PML in der NWGP und Balutschistan. Gleichzeitig führte sie einen geschickten und sehr professionalisierten Wahlkampf, für den sie sich auch der Unterstützung vieler *Madrassa*-Studenten versicherte. Ihr gesamtnationaler Stimmenanteil von ca. 11 Prozent lag nicht wesentlich über dem der früheren Jahre, aber es gelang ihr, durch den Parteizusammenschluss das Mehrheitswahlsystem für sich zu nutzen.⁸²

Zur Überraschung vieler Beobachter, und möglicherweise auch der Militärregierung, erzielte die MMA einen beachtlichen Anteil der Mandate in der Nationalversammlung (53) und dem Senat (18 plus 2 Unabhängige – 2. Kammer des Parlaments). In der Provinzversammlung der Nordwestgrenzprovinz (NWGP) erreichte sie eine knappe Mehrheit der Sitze (62 von 123) und konnte die erste ausschließlich von Islamisten besetzte Provinzregierung bilden – auch wenn sie in früheren Jahren schon als Koalitionspartner auf Provinzebene mitregierten. In der Provinz Balutschistan ist die MMA aufgrund ihres guten Abschneidens (17 von 64) Teil der Provinzregierung.⁸³ Dieser politische Erfolg stellte die Islamisten vor ein Dilemma. Um einen möglichst großen Einfluss auf die Politik ausüben zu können, hätte es einen teilweisen Übergang auf gemäßigtere Positionen bedurft. Um die eigene Klientel bei der Stange zu halten, wurden dagegen nun erste Ergebnisse einer islamistischen Politik verlangt. Dem versuchte die MMA dadurch gerecht zu werden, dass sie die Rolle des Verteidigers der Demokratie übernahm und besonders die Wiederherstellung der Verfassung einklagte. Bei der sich hinziehenden Regierungsbildung zeichnete sich ein Patt zwischen Loyalisten von Musharraf und dessen Gegnern ab. Hier versuchte die

⁸² Vgl. *Yusufzai*, The Real Test. In: Newline (Karatschi), November 2002, auf <http://www.newline.com.pk/NewsNov2002/cover2nov2002.htm>.

⁸³ Von 342 in der Nationalversammlung zu vergebenden Sitzen errang die dem Militärregime von General Musharraf nahestehende „Muslimliga – *Qā'id-e 'Azam*“ (Muslimliga im Geiste des „Großen Führers“: Epithet des Staatsgründers Jinnah; ML-QA) 103, die „Pakistanische Volkspartei – Mandatsträger“ (Pakistan People's Party-Parliamentarians – PPP-P) als stärkste regimekritische Kraft 80, das Bündnis religiöser Parteien MMA 59, die dem von Musharraf gestürzten ehemaligen Ministerpräsidenten Nawaz Sharif nahestehende „Muslimliga – Nawaz“ (ML-N) 18 und die regional-ethnische Partei der urdu-sprachigen Bevölkerung „*Muttahida Qōmī Mahāz*“ (Vereinte Volksfront – MQM) 17 Plätze. Zu den aktuellen Wahlergebnissen unter Berücksichtigung der Frauen- und Minderheitensitze, siehe die Webseite von „News“ und „Jang“, auf <http://jang.com.pk/election2002/>. Zu den Senatswahlen vgl. auch Nadeem Iqbal: Make Way for the King's Men... In: Newline, März 2003, auf <http://www.newline.com.pk/newsbeat1mar.htm>.

MMA zunächst, das Zünglein an der Wage zu spielen, entschied sich dann aber für die Rolle des selbsternannten Sprechers der Opposition.

Musharraf gelang es nur mit Mühe und massiver Manipulation, eine Mehrheit für seine „Königspartei“, die Muslimliga-Abspaltung PML-QA und ihre Verbündeten zu erreichen. Besonders pikant und prekär für die Rechtskultur im Lande war die scheinbar schrittweise Inkraftsetzung der Verfassung mit den von Musharraf verordneten Änderungen. So wurde u.a. gesichert, dass der Parteiwechsel trotz eindeutiger Verfassungsbestimmungen zunächst weiter straffrei blieb.

Das Regime verhinderte, auch wegen starkem Druck aus Washington, dass die MMA führende Positionen in der Nationalversammlung oder im Senat besetzen konnte. In der pakhtunischen NWFP fährt die MMA seitdem einen zweigleisigen Kurs. Sie erhebt verbale Forderung nach Islamisierung des öffentlichen Lebens, von denen viele eher nominellen Charakter tragen:

“The newly-elected NWFP Chief Minister Akram Khan Durrani on Friday (29. November 2002) announced a complete ban on taverns and gambling dens in the province and asked the district administrations to comply with the orders. Speaking at the floor of the House, after being elected the provincial chief minister, he also ordered for ban on playing tape recorders, VCRs and music in buses, coaches and passenger vehicles, which usually cause accidents.

‘The enforcement of Islamic system was the MMA manifesto,’ he said and added that his government would implement the unanimous recommendations of the Islamic Ideology Council. Terming himself a follower of Maulana Mufti Mehmud who had resigned from the NWFP chief ministership on principles, Akram Khan Durrani reiterated to follow his footprints. He said he would be the first person to resign instead of compromising on principles. ‘We will endeavour for the enforcement of Islamic system in the country and province and take guidance from the central MMA leadership and strictly follow that.’ ...

Akram Khan Durrani announced construction of separate places for women for prayers and abolition at bus stands. ‘We all have to respect law. My cabinet ministers and I will first implement rules on ourselves and then ask others to obey the law,’ he said adding, ‘Our decisions will not be personal but will be taken with consultations of our advisory body to be constituted shortly.’”⁸⁴

⁸⁴ News. 30. November 2002.

Die MMA betreibt gleichzeitig Realpolitik, indem sie im Verwaltungsapparat, aber auch in Bezug auf öffentliche Sicherheit, dem wegen der Terrorismusbekämpfung sensibelsten Bereich, auf Kontinuität setzt. Dazu erklärte Durrani u.a.

“(The) people extended their unflinching backing to the Muttahida Majlis-e Amal for a positive change as people's problems have swelled to an unmanageable proportion.

They wanted to have a messiah to uproot ills from the society. The people expected the MMA would reduce unemployment, alleviate poverty and put on the track the structure of service delivery system on sound footings and more importantly to form an ideal society based on Islamic teachings.”⁸⁵

Zwar hat sie gelobt, der Verfolgung der *al-Qāʿida*- und *Ṭalibān*-Anhänger, besonders durch amerikanische Sicherheitskräfte in der Provinz ein Ende zu bereiten. Aber diese Entscheidungen obliegen ihr gar nicht, da diese Aktivitäten überwiegend durch Bundesbehörden durchgeführt werden, oder zum großen Teil die selbstverwalteten pakhtunischen Stammesgebiete (*Federally Administered Tribal Areas* – FATA) betreffen, die ebenfalls der Bundesregierung in Islamabad unterstehen, die den USA Kontinuität versprochen hat.

Trotz des Realismus der MMA trägt ihre Herrschaft in der NWGP dazu bei, den Ton erheblich zu verschärfen. Das wird besonders deutlich an der Absicht, die erwähnte religiöse Kontrollbehörde (*Hisbah Authority*) nun zumindest in der Provinz einzuführen.⁸⁶ Die MMA hat auch in modifizierter Form das *Sharīʿa*-Gesetz von 1991 wieder aufgelegt und im Eilverfahren durch die Provinzversammlung gepeitscht.⁸⁷ Beobachter weisen darauf hin, dass zu den Veränderungen u.a. das Weglassen bisheriger Garantien für verschiedene Grundrechte gehört.⁸⁸ Zwar werden die Chancen für praktische Folgen des Gesetzes als gering erachtet. Es erhöht aber den Druck auf den politischen Gegner und alle säkularen Kräfte. Aufgrund der konfrontativen Haltung der MMA wächst der Widerstand gegen ihre Regierung. Das *Sharīʿa*-Gesetz wird vor dem Obersten Gericht angefochten. Die Zentralregierung erwägt Schritte gegen die Provinzregierung in der Frage der Distriktverwaltung, nachdem die MMA versucht hat, sich die

⁸⁵ News. 2. November 2002.

⁸⁶ Force will be raised to prevent 'vice': NWFP cabinet approves draft 'Hisba Act'. Dawn. 23. 05. 2003.

⁸⁷ Frontier PA adopts Shariat Bill. Dawn. 03.06.2003.

⁸⁸ Shariat Bill termed replica of old one. Dawn. 30.05.2003.

neuen Distriktverwalter unterzuordnen, die sich jedoch Präsident Musharraf verpflichtet fühlen.⁸⁹

Insgesamt haben die Islamisten in der pakistanischen Politik deutlich an Einfluss gewonnen. Sie bilden nun einen Faktor, mit dem alle Beteiligten ernsthaft rechnen müssen. Gleichzeitig stößt die MMA mit ihrer dezidiert antiamerikanischen Haltung weit über die Grenzen ihrer Parteien auf breite Unterstützung. Der Kurs der pakistanischen Regierung unter Präsident Musharraf, als Verbündeter der USA zu agieren, ist deutlich ins Wanken geraten, da ihm zunehmend die politische Legitimierung fehlt. Auf Initiative der Islamisten wurde im Parlament von fast allen Abgeordneten demonstrativ eine Gedenkandacht für den in den USA verurteilten und hingerichteten Terroristen Aimal Kansi abgehalten, als dessen Leiche Anfang Dezember 2002 den Verwandten überstellt wurde.⁹⁰ Da Kansi von der damaligen Regierung unter Umgehung rechtlicher Formalitäten in einer Nacht-und-Nebel-Aktion gemeinsam mit FBI-Beamten in Pakistan gefasst und anschließend ausgeflogen wurde, war dieser Protest gleichzeitig eine Kritik an der antidemokratischen Art der Kooperation des jetzigen Regimes mit den USA. Viele islamistische Milizen können trotz Verbots inzwischen wieder weitgehend ungehindert operieren. Es hat sich bestätigt, dass zahlreiche Beschränkungen eher formalen Charakter trugen. Sie reorganisieren sich unter neuen Namen und setzen *de facto* ihre Aktivitäten fort.

Diese Konstellation wirft für die pakistanische Führung zahlreiche Strategietendenzen auf. Sie kann sich nicht weiter von den radikalen Islamisten in eine Anti-USA-Politik treiben lassen und gleichzeitig versuchen, als Verbündeter der USA zu agieren. Sie kann nicht mit der Tolerierung oder Unterstützung der Anschläge islamistischer Milizen in Indien ungehindert fortfahren und gleichzeitig Teil der USA-geführten Anti-Terrorkoalition bleiben wollen. Verschiedene „Falken“ in Washington haben Pakistan schon deutlich ins Visier für eine spätere Phase des Anti-Terrorkrieges genommen. Indiens Außenminister hat es kürzlich auf den Punkt gebracht, als er meinte, Pakistan erfülle für einen vorbeugenden (pre-emptive) Angriff weit eher alle Voraussetzungen als der Irak, es habe Massenvernichtungswaffen und unterstütze den Terrorismus.⁹¹ Um diese Drohung zu entschärfen wird Pakistan mehr tun müssen, als nur in selektiver Sicherheitskooperation immer mal wieder einen hochrangigen *al-Qā'ida*- oder *Talibān*-Führer zu präsentieren. Dies nährt nur den Verdacht, dass sich die

⁸⁹ MMA to resist Centre's action. Dawn. 04.06.2003.

⁹⁰ Siehe den Kommentar von Arham, *Kansi Mania*, in: News, Lahore, 9. Dezember 2002.

⁹¹ Interview von Indiens Außenminister Yashwant Sinha am 4. April 2003. Hindustan Times (Delhi). 5. April 2003, auf <http://www.hindustantimes.com/2003/Apr/05/printedition/050403/detFRO02.shtml>.

Mehrheit der *Talibān*- und *al-Qā'ida*-Führer nach wie vor in Pakistan aufhält. Man muss annehmen, dass dies ohne ein Mindestmaß an Kooperation seitens bestimmter Armee- und Sicherheitskreise kaum möglich wäre.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Verhältnis zwischen dem pakistanischen Regime und den Islamisten ein Balance-Akt bleibt. Das gegenwärtige Regime und die Islamisten brauchen einander bis zu einem bestimmten Grade. Die Versuche der Militärs, die Islamisten zu benutzen, haben sich teilweise gegen das Regime gewendet. Die Islamisten wiederum hoffen darauf, den Durchbruch zu erzielen, um zu einer gesamtnationalen politischen Kraft zu werden und zunehmend Kontrolle über die Regierungspolitik zu gewinnen, möglicherweise sogar bei den nächsten Wahlen in einer Koalition die Regierung zu bilden. Die Unterstützung der Bevölkerung für islamische Militanz geht jedoch deutlich zurück. Für sie ist vor allem von Belang, ob es dem jetzigen Regime gelingt, die sozialen und ökonomischen Bedingungen zu verbessern. Das würde auch den Islamisten Unterstützung entziehen. Unabhängig davon werden die religiösen Strukturen und der *Madrassa*-Sektor ihren Einfluss behalten. Die Stabilität der Verhältnisse in Pakistan wird davon abhängen, ob es dem Regime gelingt, die Aktivitäten des islamischen Sektors in rechtsstaatliche Bahnen zu lenken. Das wiederum setzt deutliche Fortschritte bei den Reformplänen der Regierung voraus, die möglicherweise nur schwer zu erzielen sind.

In diesem Sinne hat Musharraf keinen Bruch mit dem institutionellen Islam vollzogen. Gleichwohl kann man auch nicht ohne weiteres von Kontinuität sprechen. Die Bedingungen für den institutionellen Islam sind schwieriger geworden. Die Umstände des Agierens islamischer Institutionen, ihre Übereinstimmung mit Recht und Gesetz, werden zunehmend hinterfragt, sowohl in Pakistan selbst als auch im Ausland. Der Druck zu Veränderung und Anpassung hat zugenommen. Die Reformbemühungen des Musharraf-Regimes gegenüber dem institutionellen Islam sind nahezu komplett im Sande verlaufen. Es fürchtet zu sehr die Gegenwehr der islamistischen „Strasse“, während es unverändert einige ihrer Grundsätze teilt. Die so entstandene Lücke haben die Islamisten erfolgreich genutzt, um alle Gesetzesinitiativen, die nicht ihren Vorstellungen entsprachen, zu blockieren (*Madrassa*-Registrierung). Zugleich gelang es ihnen bisher nicht, eigene Vorhaben durchzusetzen (Zinsverbot). Das bedeutet für Musharraf's Verhältnis zum institutionellen Islam eher gegenseitige Paralyse und Arrangement. Die größte Bedrohung geht für das Regime von der Möglichkeit aus, dass die Islamisten die oppositionellen Kräfte hinter sich vereinen könnten, um die autokratischen Verfassungsänderungen von Musharraf wieder rückgängig zu machen. Es muss daher bezweifelt werden, dass der jetzige Zustand Bestand haben kann, da er die Musharraf-Administration auszehren könnte. Um

weitere Spannungen zu vermeiden, bemüht sich das Regime gegenwärtig verstärkt um einen Ausgleich. Dieser schließt in ausgewählten Fragen auch eine Koalition des Regimes mit den Islamisten nicht aus. Trotz aller nominellen oder tatsächlichen Beschränkungen für die islamischen Radikalen zeichnet sich damit jetzt schon ab, dass in der Summe die Islamisten von der Intervention der Militärs unter Musharraf profitiert haben. Manche von ihnen wännen sich bereits auf dem Wege zur Macht.

Die Struktur des islamischen Sektors in Pakistan (Übersicht)

Übersicht nach Zeitungsberichten und Internetmeldungen.

Zeichenerklärung:

* Im Anhang A zum Bericht 2002 des U.S. State Department zur Terrorismus-Bekämpfung als „designated terrorist organizations“ genannt. Auf der Homepage des State Department unter <http://www.state.gov/s/ct/rls/pgtrpt/2002/>.

§ Im Anhang C zum Bericht 2002 des U.S. State Department zur Terrorismus-Bekämpfung als „other terrorist groups“ zur Beobachtung eingestuft. Ebenda.

In Pakistan am 14. August 2001 verboten.

\$ In Pakistan am 12. Januar 2002 verboten; § unter Beobachtung gestellt.

• Bürgerliche Muslimeparteien:

Pakistan Muslim League (PML)

Pakistanische Muslimliga – Fraktionen von Nawaz Sharif (N) und Chaudhary Shujaat Husain (QA, nach Qā'id-e 'Azam Muhammad Ali Jinnah), letztere, auch die Gleichgesinnten (*like-minded*) genannt, ist um Kooperation mit dem Militärregime bemüht, weitere Fraktion unter Ejazul Haq (ZH, nach Zia-ul-Haq)

• Religiöse Muslimeparteien:

Jamā'at-i Islāmī (JI)

Islamische Partei (Amīr: Qazi Husain – gegr. 1941), vertritt die Lehren von Maulana Maududi → *Islāmī Jam'iyat-e Talbā* (IJT) – Islamic Students Union

Jam'iyat-e-'Ulamā--Islām (JUI)

Vereinigung der Rechtsgelehrten des Islams – Fraktionen von Fazlur Rahman (F) und Samiul Haq (S), vertreten die Deoband-Tradition

Jam'iyat-e-'Ulamā-e-Pakistān (JUP)

Vereinigung der [islamischen] Rechtsgelehrten Pakistans (Präsident: Maulana Shah Ahmad Noorani – gegr. 1948) → *Jam'iyat-e-Ahl-e-Sunnat*, vertritt den organisierten Sektor des mystischen Volksislam in der Bareilwi-Tradition; → *Sawād-e-Azam Ahl-e-Sunnat Pakistan* (Mufti Usman Yar Khan)

Tahrīk-e-Ja'ffriya-e-Pakistān (TJP) §

Pakistanische Bewegung der Anhänger von Imam Ja'ffar (Präsident: Allama Sajid Ali Naqvi) – schiitische Partei., 1979 als *Tahrīk-e Nifāz-e Fiqh-e Ja'fariya* (TNFJ) – Bewegung zur Einführung Islamischen Rechts in der Tradition des Imām Ja'ffar

Ahl-i Ḥadīth (AH)

Volk der Prophetentradition (Vorsitzender: Maulana Sajjid Mir), lehnen alle Rechtsschulen ab, stehen damit der Rechtsauffassung der saudischen Wahhabiten am nächsten; verschiedene Gruppen

Pakistan 'Awāmī Tahrīk (PAT)

Pakistanische Volksbewegung, politischer Arm der religiösen Bildungsbewegung *Minhāju'l-Qur'ān* (MQ – Präsident: Tahirul Qadri)

• **Extremistische Sektenorganisationen der Sunniten und Schiiten:**

Sipāh-e-Sahāba-e-Pakistān (SSP) § §

Pakistans Armee der Gefährten des Propheten; für die Sunniten (Maulana Azam Tariq)

Lashkar-i Jhangwi (LJ) * #

Jhangwis Armee, zu Ehren des getöteten SSP-Führers Maulana Haq Nawaz Jhangwi; SSP-Abspaltung

Akram Lahōrī Group (ALG)

LJ-Abspaltung unter Akram Lahori, vermutlich für Entführung und Ermor-

dung US-Journalisten Daniel Pearl im Januar 2002 verantwortlich⁹²

Lashkar-i ‘Omar (LO)

LJ-Abspaltung, dem LJ-Führer Shaykh Omar gewidmet, dem der Prozess wegen der Ermordung von Daniel Pearl (Jan. 02) gemacht wurde

Tanzīm-i Da‘wat (TD)

SSP-Abspaltung

Sunnī Tahṛīk (ST) §

Sunnitische Bewegung, Barelwi-Gruppe, hervorgegangen aus der Madrasa-Bewegung *Zia-ul-Quran (Dīya-u’l-Qur’ān)*

Sipāh-i-Moḥammadī (SM) #

Armee des Propheten; für die Schiiten

• **Militante (*Jihādī*) Gruppen:**

sprechen sich offen für die Anwendung von Gewalt aus, dazu gehören auch wahhabitische Gruppen, an denen auch Araber und andere nichtpakistanische Kämpfer teilnehmen:

Hizbu’l-Mujāhidīn (HM) §

Partei der Heiligen Krieger; zur *Ji* gehörig (Syed Salahuddin, gegr. 1989), operiert hauptsächlich im indischen Kaschmir, ihr werden Verbindungen zur afghanischen Hizb-i Islami von Gulbadin Hekmatyar nachgesagt; → *Jam‘īyatu’l- Mujāhidīn (JUM)* § – Partei der Heiligen Krieger, spaltete sich 1990 ab wegen Führungsdifferenzen (Shaykh ‘Abdul Basit)

Ḥarkatu’l-Anṣār (HUA)

Gruppe der Anhänger [des Propheten], ursprünglich eine Abspaltung der SSP → *Ḥarkatu’l-Mujāhidīn (HUM)* * – Gruppe der Heiligen Krieger (Vorsitzender: Faruq Kashmiri, Generalsekretär: Fazlur Rehman Khalil), mit der JUI verbunden, unterzeichnete 1998 den *al-Qā’ida*-Aufruf Bin Ladens, Amerikaner und Juden zu töten, aktiv in Kaschmir und Afghanistan; → *Ḥarkatu’l-Jihād-i Islāmī (HUJI)* § - Gruppe des Heiligen islamischen Krieges (Chief Commander: Amīn Rabbānī), in Pakistan und Kashmir aktiv, soll Verbindungen gehabt haben zur → *Al-Farān (AF)* – Splittergruppe, die für die Entführung und Ermordung von fünf westlichen Touristen bei einer

⁹² Dawn. 05. August 2002.

Trekking-Tour in Kaschmir im Jahre 1995 verantwortlich gemacht wird; → *Harkatu'l-Mujāhidīn al-Ālamī (HMA)* – Internationale Gruppe heiliger Krieger (Anführer: Mahammed Hanif)⁹³, die für den Bombenanschlag auf das US-Konsulat in Karatschi im Jahre 2002 verantwortlich gemacht wird, ebenso für den Angriff auf christliche Einrichtungen in Karatschi am 25.09.2002⁹⁴

*Jaish-e-Muḥammadī (JM) **

Armee Muhammads (Maulana Masood Azhar), durch Flugzeugentführung 1999 aus indischem Gefängnis freigesetzt, ehem. *HUM*, verbunden mit Mufti Nizamuddin Shamzai, Binūrī Town Mosque, Karatschi

Lashkar-i Taiba (LT)\$*

Fromme Armee (Amīr: Hafiz Muhammad Saeed, Muridke), entwickelte sich seit 1997 als wichtigste Kraft im Indisch kontrollierten Teil Kaschmirs, war auch im Afghanischen Bürgerkrieg auf Seiten der *Ṭalibān* aktiv → formierte sich neu im Jahre 2002 als *Jamā'at al-Da'wat (JD)*

Tahrīk-e Nifāz-e Sharī'at Muḥammadī (TNSM) \$

(Maulana Sufi Muhammad) – hauptsächlich aus Malakand Agency, wollten aus Pakistan *Ṭalibān*-ähnlichen Staat machen,⁹⁵ beteiligten sich auf *Ṭalibān*-Seite an Kämpfen in Afghanistan.⁹⁶

Harkat al-Jihād al-Islāmī (HJI)

(Qari Saifullah Akhtar), Deobandi Miliz, 1979/80 von Maulana Irshad Ahmad and Maulwi Nabi Muhammadi Quran gegründet

Al-Badr Mujāhidīn (ABM)

(Amīr: Bakht Zamin, 1998 nach Abspaltung von HM) – operiert hauptsächlich in Kaschmir, Konten in Pakistan gesperrt

Saif-u'l-Mujāhidīn (SUM)

Schwert der Heiligen Krieger; offenbar kleinere Miliz⁹⁷

⁹³ Karachi: SHC admits Harkat leader's appeal. In: Dawn. 18 January 2003, auf <http://www.dawn.com/2003/01/18/local34.htm>.

⁹⁴ Tribune (Chandigarh). 26 September 2002, auf <http://www.tribuneindia.com/2002/20020927/world.htm#4>.

⁹⁵ News. 5. Oktober 2001.

⁹⁶ Hatte im Oktober 2001 40.000 Freiwillige für den Kampf in Afghanistan registriert. News. 15. Oktober 2001.

⁹⁷ Dawn. 05. August 2002.

Jalālī Force (JF)

Eine von mehreren lokalen religiösen Milizen der Barelwīs, operiert hauptsächlich im Punjab, steht der Madrasa *Jāmi‘a Nūrīya Muḥammadiya Riḏwīya Jalālīya*, Bhikhī Sharīf (Sayyid Qārī Irfān Shāh Mashādī) nahe

• **Missionierungs-, Bildungs- und Kulturorganisationen, Erneuerungs- und Erweckungsbewegungen:**

Dachorganisationen von Moscheen und Religionsseminaren, die sich nach verschiedenen islamischen Traditionen (*maslak*) gliedern:

Wafa-u’l-Madāris al-Arabīya (Deobandi)

Wafa-u’l-Madāris al-Salafīya (Ahl-i Ḥadīth)

Tanzīm-u’l-Madāris Pakistān (Barelwi)

Wafa Shī‘a Madāris (Fiqh Ja‘ffariya)

Rabita-tu’l-Madāris (Jamā‘at-i Islāmī)

Ahl-i Ḥadīth (AH)

Volk der Prophetentradition, siehe auch oben unter Parteien

Da‘wat al-Irshād (DI)

Verbreitung der [Koranischen] Gebote, steht der AH nahe, → *Lashkar-i Taiba (LT)* *^{\$} – Fromme Armee (Amīr: Hafiz Muhammad Saeed, Muridke), → *‘Alamī Majlis-i Tahaffuz-i Khatm-i Nabuwwat (AMTKN – Maulana Nazir Ahmad Tawanasawi)* – Weltrat zur Verteidigung der Endgültigkeit des Prophetentums Muhammads – „Siegel der Propheten“ – *Tanzīm al-‘Ulamā’* (Vorsitzender – Maulana Muhammad Faiz Albari), *Khatm-i Nabuwwat Academy* (Amīr: Maulana Sohail Bawa)⁹⁸, siehe auch LT

Dār al-Ifta` wa’l Irshād

Organisation für religiöse Gutachten und Rechtleitung in Karatschi, Nazimabad, von Mufti Rashid Ahmad Ludhianwi. → *Al-Rashīd Trust* – Stiftung,

⁹⁸ Dharb-i Mumin. 16. September 2001.

die enge Verbindungen zu den *Ṭalibān* besaß und deren Informationen als Internet-Zeitung *Dharb-i Mumin* (Das [emphatische] Wort eines Gläubigen) vertrieb.

Tablighī Jamā'at

Missionsgesellschaft, Laienorganisation in der Deobandi Tradition, Amīr – Hajji Abdul Wahhab

Khuddamu'l-Qur'ān (KQ)

Diener des Koran; Işrar Ahmad → *Tanzīm-i Islāmī-i Pakistān*, steht Deobandi-Tradition nahe.

Jamā'at-i Ahl-i Sunnat Pakistan

Partei des Volkes des (Lebens und der Gewohnheiten) des Propheten; religiöse Barelwi Organisation, getrennt von der *JUP*, aber mit ihr verbunden

Da'wat-il Islāmī (DI)

Islamische Mission, Barelwi Missionsbewegung, in Multan konzentriert, Maulana Muhammad Ilyas Qadri

Minhāju'l-Qur'ān (MQ)

Pfad des Koran; Tahirul Qadri (siehe auch Partei PAT), größte moderne religiöse Barelwī-Bewegung, steht *Naqshbandīya* nahe

Zīa-ul-Qur'ān (ZQ)

Madrassa-Bewegung der Barelwi-Tradition; Shaykh Muhammad Karam Shah al-Azhari

Ahmadiya

[Reformsekte der] Ahmadis, die von den meisten orthodoxen Sunniten als Häretiker angesehen werden; steht in Pakistan lt. Verfassung außerhalb des Islams, öffentliche islamähnliche Glaubensbekenntnisse ihrer Anhänger können strafrechtlich verfolgt werden

Umma T'amīr-i Nao (UTN)

Wiederaufbau der Ummah; pakistanische NGO-Hilfsorganisation für Afghanistan, (Sultan Bashiruddin Mahmud – Gründer, Nuklearexperte Abdul Majid, Unternehmer S. M. Tufail)

Ḥizb-ut-Tahrīr

gegr. 1953, salafitisch, verfolgt weltweite Wiedergründung eines Kalifats, i-

islamischen Staates, auch in Zentralasien und Nahost aktiv, lehnt bewaffneten Kampf ab (Naveed But, Landessprecher)⁹⁹

Wifāq-i ‘Ulamā’-i Shī‘a (WUS)

Vereinigung von schiitischen Religionsgelehrten

Jam‘iyatu’l-Muntaẓir (JUM)

(Schiitische) Vereinigung derjenigen, die (die Ankunft des 12. Imams) erwarten; Lahore

Tah̄rīk-i Akhūwat-i Islāmī (TAI)

Bewegung der islamischen Brüderlichkeit: Schiitische Vereinigung von Religionsgelehrten, die außerhalb der MMA steht und die Regierung unterstützt.

- **Koordinierungsorgane:**

Muttaḥida Majlis-e-‘Amal

Vorsitzender: Maulana Shah Ahmad Noorani (JUP). Wahlbündnis von 6 islamischen Parteien, 2001 gegr. “Aimed at checking ‘the rulers’ inclination towards promotion of secular elements in the society and to halt their intentions to amend the constitution by changing its nature from parliamentary to presidential.”¹⁰⁰ Umfasst JI, JUI (F), JUI (S), JUP, TJP, AH. Im Oktober 2002 bei National- und Provinzwahlen erfolgreich durch die Erringung der Sitzmehrheit im NWFP, einer großen Anzahl in Baluchistan, und etwa einem Fünftel in der Nationalversammlung.

Afghān Jihād Council (News 21-09-01)

Jamā‘at-i Islāmī (Maulana Abdul Waheed Qureshi, Hakim Mazharuddin Baqai and Mushtaq Ahmed Khan)

JUP (Sahibzada Abul Khair Mohammad Zubair, Mohammad Hussain Naqshbandi)

⁹⁹ Auf einem Seminar in Peshawar zum Thema “Dictatorship, Democracy and Masses’ problems” Naveed But “...termed the western type of democracy a main hurdle in the way of implementation of Islamic Shariah and stressed on Muslims to work for the establishment of Khilāfat, as it can bring the real Islamic state for them to solve their problems.” News 3. Dezember 2002.

¹⁰⁰ News. 7. Juli 2001.

SSP (Maulana Saeed Jadoon, Muhammad Farooq Azad)

JUI (S) (Maulana Bashir Ahmed, Maulana Saif-ur-Rehman)

JUI (F) Maulana Muhammad Tahir

Ahl-i Hadīth (Moulana Mohammad Azam Jahangiri and Amir Abdullah Farooqi – Hyderabad)

(Im Nov. 1990 gegründet lt. www.satp.org, 13 Mitgliedsorganisationen, 2 Beobachter; seit Januar 2002 schickt der Militäргеheimdienst ISI seine Vertreter angeblich nicht mehr zu den Treffen.)

Pakistan-Afghanistan Defence Council (Nation 18-09-01)

Vorsitzender Samiul Haq JUI (S), 35 religiöse und *Jihādī*-Organisationen einschließlich JUI, Jam‘īyat Ahl-e Sunnat, Sipah-e-Sahāba, Ḥarkatu’l-Jihād, Ḥarkatu’l-Mujāhidīn, Jam‘īyat Mujāhidīn, Jaish-i-Muḥammadī and Sunnī Mujāhidīn Force.

Millī Yakjehtī Council (National Reconciliation Council)

Vorsitzender: Maulānā Shāh Aḥmad Nūranī (JUP); März 1995 gegründet, um zwischen radikalen sunnitischen und schiitischen Sektenorganisationen zu vermitteln. Mitglied sind alle großen religiösen Parteien, einige radikale Sektenorganisationen und militanten Gruppen.

- **Internationale Islamische Organisationen mit Sitz/Ursprung in Pakistan**

Rabita al-Alām al-Islāmī

Muslim World Congress – Islamischer Weltkongress, Mecca/Karatschi; → *Rabita Trust* – gemeinsame Stiftung von pakistanischer Regierung und Weltkongress zur Repatriierung bengalischer Umsiedler (“Biharis”), 1988 unter Zia-ul-Haq gegründet

International Islamic University

Sitz in Islamabad, finanziert von Saudi-Arabien und privat, gehört über ihr *International Institute of Islamic Thought* (IIIT) der Bewegung zur „Islamisierung des Wissens“ an, die 1981 in den USA gegründet wurde